



DAS IST KEIN LIFESTYLE

Die sozialen Angriffe (Stichwort „Lifestyle-Teilzeit“) brechen nicht ab und treffen Frauen besonders. Der internationale Frauentag am 8. März ist eine Gelegenheit, eine Antwort zu geben.

03 Worum es am 8. März geht

Kein Schritt zurück - nach vorne geht es nur gemeinsam!

06 Hinter den Zahlen

Neue Studien zur Gewalt gegen Frauen zeigen Dunkelziffer

12 Heraus zum Ostermarsch!

Anfang April geht es in ganz Deutschland für Frieden auf die Straßen

8 Was ist die weibliche Natur, Clara Zetkin? **10** Ein Verbot allein ist keine Lösung: Prostitution ist eine Klassenfrage **14** Kommt mit dem neuen BND-Gesetz die deutsche CIA? **17** Immer weiter nach Rechts: Landtagswahlen 2026 **16** Alles einfacher und besser? Vorschläge der Sozialstaatskommission **18** Zur internationalen Lage **20** Wie können wir Nationalismus und Rassismus im Betrieb zurückdrängen? **21** Sozialpartnerschaft schwächt betriebliche Durchsetzungskraft

LIEBE LESER,

während wir uns in der letzten Ausgabe stark mit den internationalen Entwicklungen beschäftigt haben, richten wir in dieser Ausgabe den Blick vor allem nach innen. Die Angriffe der Regierung auf soziale Rechte und Errungenschaften lassen nicht nach: Der Angriff auf „Lifestyle-Teilzeit“ ist dabei nur einer von vielen. Die Sozialstaats-Kommission unter Arbeitsministerin Bärbel Bas hat bereits zahlreiche Vorschläge vorgelegt, wie unter dem Vorwand der Vereinfachung Leistungen gekürzt werden sollen und der CDU-Parteitag Ende Februar hat diese natürlich wieder einmal übertroffen und die nächste Welle in Aussicht gestellt.

Diese Angriffe treffen Frauen auf besondere Weise. Den anstehenden internationalen Frauentag am 8. März haben wir als Anlass genommen, um uns ein genaueres Bild von der Lage der Frau in Deutschland zu verschaffen. Wir betrachten die soziale Lage der Frau und neue Studien zur Gewalt gegen Frauen. Wir mischen uns in die Debatte um Prostitution ein, die durch CDU-Vorschläge eines Sexkaufverbots ausgelöst wurde, und blicken über 120 Jahre zurück auf die Werke von Clara Zetkin, um Antworten auf aktuelle Fragen zu Rollenbildern und der Natur der Frau zu beantworten.

Aber auch die 2026 anstehenden Landtagswahlen und die Ursachen des zu erwartenden Rechtsrucks und das neue BND-Gesetz zur Zuspitzung der Überwachung finden Platz in der Ausgabe. Außerdem bereiten wir uns auf den Ostermarsch Anfang April vor und fragen uns, wie wir den Kampf gegen Krieg stärken können.

In Zeiten starker Angriffe von oben braucht es eine umso stärkere Antwort aus den Betrieben und Gewerkschaften. Was dabei im Weg steht, diese Antwort zum Ausdruck zu bringen, betrachten wir in der Betriebs- und Gewerkschaftsrubrik: Wir werfen einen Blick auf Rassismus und Spaltung, auf Standortnationalismus und Sozialpartnerschaft.

WIR WÜNSCHEN VIEL SPASS BEIM LESEN UND GUTE DISKUSSION,

DIE REDAKTION

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 25. März.

IMPRESSUM

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer
Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Vi.S.d.P.: D. Möller

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

www.arbeitzukunft.de

webmaster@arbeit-zukunft.de

Tel: 07159 4200174

Bankverbindung

Kontoinhaber: Diethard Möller

IBAN: DE50 6001 0070 0401 6127 03

Kreditinstitut: Postbank Stuttgart

BIC: PBNKDEFFXXX

IM MÄRZ..1917

DER PETROGRADER FRAUENSTREIK

Auf die Straße gehen für Brot und Frieden - das taten die Frauen, die 1917 in Petrograd (heute St. Petersburg) für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und ein Ende des Krieges streikten.

Am internationalen Frauenkampftag, den 23. Februar 1917 (nach heutigem Kalender der 8. März), gingen tausende Frauen gegen

Hunger, den Ersten Weltkrieg und den Zaren auf die Straßen und die Textilarbeiterinnen in Petrograd traten in den Streik. Die Demonstration der Arbeiterinnen wurde durch einen Streik der Arbeiter in den Fabriken in ganz Petrograd unterstützt. Am 24.

Februar schlossen sich über 200.000 Arbeiter dem Protest an. In den nächsten Tagen wurden die Streiks immer größer und politischer und umfassten bald das gesamte Petrograder Proletariat. Überall in Petrograd gab es Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei. Die Arbeiter und Arbeiterinnen trugen rote Banner mit den Losungen „Nieder mit dem Zaren!“, „Nieder mit dem Krieg!“, „Brot“.

Der Zar befahl, sie mit Gewalt zu unterdrücken. Viele Protestierende wurden erschossen und verletzt, jedoch verweigerten immer mehr Soldaten, gegen die Protestierenden vorzugehen und schlossen sich ihnen stattdessen an. Die Streiks und Proteste verwandelten sich

in einen flächendeckenden Aufstand, die Februarrevolution, die zur Abdankung des Zar Nikolaus II. führte und somit drei Jahrhunderte der Romanow-Dynastie beendete. Daraufhin bildete sich

eine provisorische Regierung, die folgend eine Doppelherrschaft mit den Sowjets führte. In den folgenden Monaten entlarvte sich die

bürgerliche provisorische Regierung vor den Massen und es kam im Herbst zur Oktoberrevolution, bei der die Arbeiter und Arbeiterinnen

die provisorische Regierung und mit ihr die ganze bürgerliche Klasse stürzten und die Diktatur des Proletariats errichteten.

Um der Rolle der Frauen in der Februarrevolution zu gedenken wurde beschlossen, von nun an den Frauenkampftag jedes Jahr

international am 8. März zu begehen. Das Begehen eines internationalen Frauenkampftags hat seinen Ursprung Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA. Arbeiterinnen gingen dort für bessere Arbeits-

bedingungen und einen höheren Lohn auf die Straße. 1909 wurde dort erstmals ein nationaler Kampftag für das Frauenwahlrecht

begangen. 1910 setzte sich die Kommunistin Clara Zetkin auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz für einen jährlichen internationalen Frauentag ein, um den Kampf für das Frauenwahl-

recht und die sozialen Kämpfe der Arbeiterinnen weltweit präsen-

ter zu machen und zu stärken. Der Vorschlag wurde auf der Konferenz beschlossen. 1911 folgten dem Aufruf Millionen Frauen überall auf

der Welt und gingen auf die Straßen. Auch die Arbeiterinnen in Russland begannen einen internationalen Frauentag ab 1913 zu

begehen und prägten 1917 mit den Aufständen in Petrograd die folgende Februarrevolution stark. Dadurch setzte sich dann der 8.

März als fester Tag. Am ersten Jahrestag dieses Ereignisses gingen Arbeiterinnen in Österreich zum ersten Mal auf die Straße, um an

diesem Tag den Internationalen Frauenkampftag mitzutragen. Im Jahr 1922 begannen chinesische Kommunisten, den Internationalen

Frauentag zu feiern, und mit Unterstützung von Clara Zetkin wurde der 8. März in der Sowjetunion zum Nationalfeiertag erklärt. In Folge

verbreitete sich dieser Feiertag bis in die 1960er Jahre in vielen anderen Ländern und bis um 1967 herum fand es auch in anderen

Ländern an Anerkennung.

Der internationale Frauenkampftag hat seine Ursprünge in der revolutionären Arbeiterbewegung. Umso notwendiger ihn auch heute

in diesen Kontext zu begehen! Lasst uns auf die Straße gehen für die Befreiung der Frau, für Frieden und uns gegen die Angriffe von

oben zur Wehr setzen!

KEIN SCHRITT ZURÜCK – NACH VORNE GEHT ES NUR GEMEINSAM!

Worum es am 8. März 2026 geht.

Am internationalen Frauenkampftag 2026 stehen wir an einem Scheideweg: Die Rechte von Frauen sind unter Beschuss. Zahlreiche Errungenschaften, die wir über Jahrzehnte erkämpft haben, werden ganz offen oder auch durch die Hintertür angegriffen.

„Lifestyle“-Teilzeit? Wohl eher 24/7 Arbeit!

Der Vorstoß der Wirtschaftsunion, das Recht auf Teilzeit abzuschaffen, hat zu Recht viel Empörung ausgelöst – gerade unter Frauen. Denn fast jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit. Das ist jedoch keine „Lifestyle-Entscheidung“, wie es in der Debatte dargestellt wird, sondern für viele Frauen die einzige Möglichkeit, um Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen (4,89 Millionen Menschen werden zu Hause fast ausschließlich von Frauen gepflegt), Hausarbeit und Beruf zu vereinbaren. Auch zahlreiche weitere soziale Angriffe treffen die Frau besonders, darunter die diskutierte Abschaffung des Pflegegrad 1, durch die die Unterstützungsleistungen für 860.000 Personen wegfallen würden, die Bedürftige privat pflegen. Es sind größtenteils Frauen, die auf Einkommen verzichten und später mit geringeren Renten und höherer Altersarmut den Preis dafür zahlen.

In einer Gesellschaft, in der wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Pflege, Gesundheit, Kindererziehung und Hausarbeit nach wie vor entweder öffentlich oder privat unter prekären Bedingungen bewältigt werden. Doch durch die Sparpolitik der Regierung soll selbst dieses ungenügende Mindestmaß an Pflege wegfallen.

Zurück oder nach vorne?

Kein Wunder, dass immer mehr Frauen sich nach anderen Modellen sehnen. Es ist die enorme Belastung durch Lohnarbeit und private Sorgearbeit, auf der auch konservative Rollenbilder erstarken: Klassische Ehen, in denen Frauen die Hausarbeit und Männer die Lohnarbeit erledigen, werden von rechten Kräften propagiert und finden aufgrund der Belastung zum Teil auch Anklang.

Doch wir wissen, dass die Vorschläge der rechten Kräfte für uns Frauen zahlreiche Gefahren mit sich bringen: Die Einschränkung der körperlichen Selbstbestimmung, die für Frauen die Mutterrolle als einzige Option darstellt. Und die Einschränkung unserer gesellschaftlichen Mitbestimmung, indem wir zurück in den privaten Raum gedrängt werden. Und die ökonomische Abhängigkeit, die Frauen auch an gewalttätige Beziehungen bindet. Die neue Dunkelfeldstudie LeSuBiA zu Gewaltbetroffenheit zeigt deutlich: Fast jede fünfte Frau hat in ihrem Leben Gewalt durch Partner oder Ex-Partner erfahren und nach wie vor werden unter 5 % der Fälle angezeigt. Diese Probleme werden nur verschärft, indem traditionelle Rollenbilder und die Abhängigkeit von der Familie gestärkt werden. Diese Lösungen bieten keine Perspektive für uns!

Die Lösung kann nur nach vorne gehen

Die aktuellen Angriffe auf uns Frauen und unsere Rechte können wir nur bekämpfen, indem wir erkämpfte Errungenschaften verteidigen und den Weg zur Gleichberechtigung weitergehen! Wir Frauen halten die Gesellschaft mit am Laufen – ob aus der

Fabrik, aus dem Krankenhaus oder auch durch die unbezahlte Arbeit im Haushalt. Die aktuellen Angriffe zeigen, dass Gleichberechtigung eine Frage der gesamten Gesellschaft ist, dass die Angriffe auf uns Frauen Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen von uns allen sind und auch nur gemeinsam bekämpft werden können – indem wir gemeinsam auf die Straße gehen, egal welches Geschlecht!

Nur das Kapital hat ein Interesse an den vielfältigen Spaltungen und dem Ausbau der Unterdrückungsmechanismen. So kann es die Menschen gegeneinanderhetzen, besser ausbeuten und seine Herrschaft absichern. Klassengesellschaften sind der Ursprung dieser Spaltungen – auch der Kapitalismus. Deshalb muss er beseitigt werden, wenn es dauerhaft und grundlegend zur Aufhebung der Unterdrückung der Frau kommen soll.

Lasst uns an diesem 8. März für Gleichberechtigung eintreten

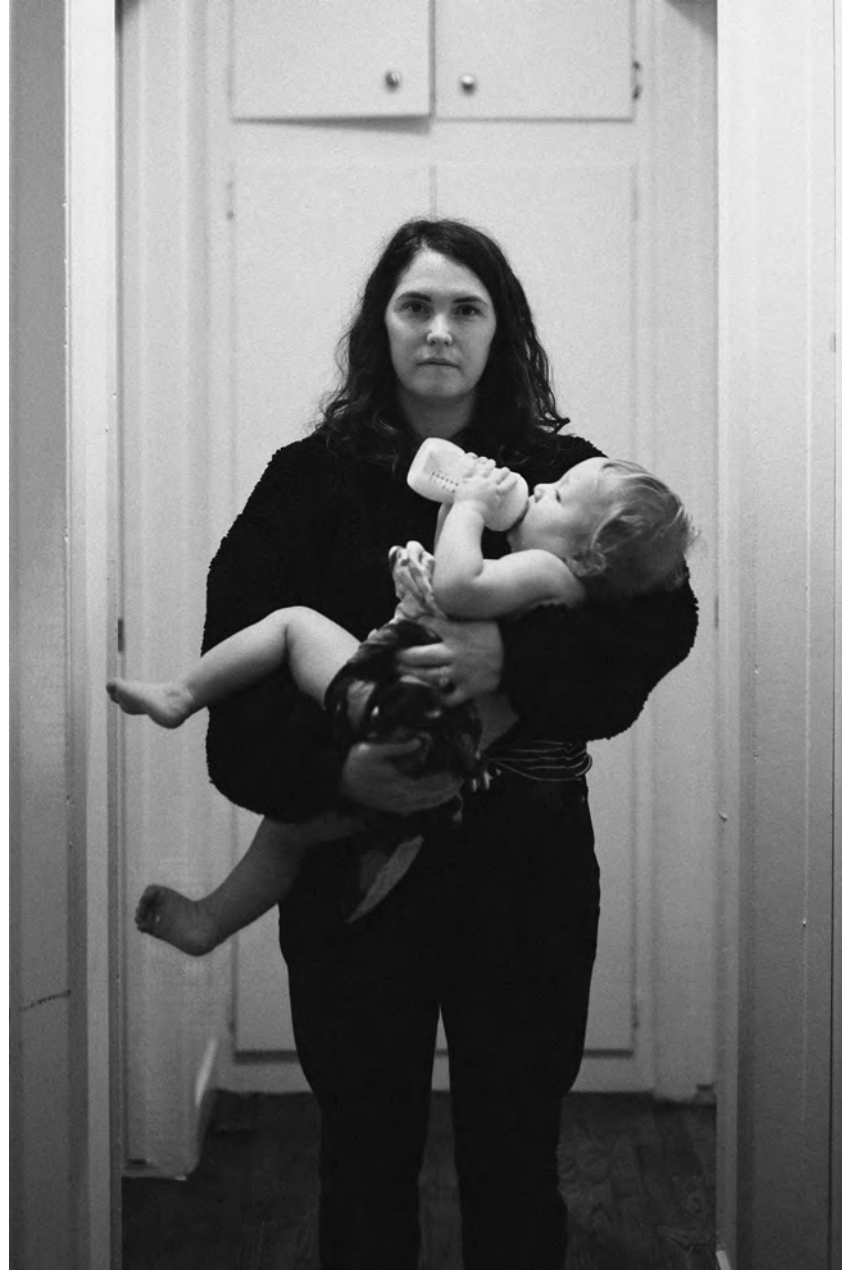
Das bedeutet mehr Geld in Bildung, Soziales, Gesundheit und Pflege! Diese Aufgaben müssen endlich zu Aufgaben der gesamten Gesellschaft werden und nicht mehr auf dem Rücken der Frau ausgetragen werden! Das bedeutet gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Noch immer verdienen wir im Schnitt 16 % weniger und erhalten entsprechend auch geringere Rente, leiden mehr unter Altersarmut und befinden uns in ökonomischer Abhängigkeit. Das bedeutet echter Schutz vor Gewalt! Wir brauchen ökonomische Unabhängigkeit und die Umsetzung der Istanbul-Konvention, die endlich genug Frauenhausplätze schafft! Das bedeutet körperliche Selbstbestimmung! Schwangerschaftsabbrüche müssen entkriminalisiert und als Teil der Gesundheitsversorgung anerkannt werden! ★

Auf die Straße – auch am 9. März?

In diesem Jahr rufen zahlreiche Frauenorganisationen weltweit zum Frauenstreik am 9. März, einen Tag nach dem Frauenkampftag am 8. März, auf. Auch in Deutschland unterstützt die Gewerkschaft ver.di die Bewegung und es haben sich zahlreiche Ortsgruppen für den Streik gebildet. Zwar darf in Deutschland von den Gewerkschaften politisch nicht gestreikt werden – dies kann harte Konsequenzen für die Streikenden mit sich bringen. Doch der Streik ist ein mächtiges Mittel, um unsere Interessen durchzusetzen. So sehen wir in der aktuell laufenden Tarifrunde der Länder, wie tausende Frauen im öffentlichen Dienst für höhere Löhne kämpfen. Das kann auch für einen Streik am 9. März genutzt werden. So oder so – bringen wir unsere Solidarität mit Arbeitskämpfen an diesem 8. und 9. März zum Ausdruck!

DAS IST KEIN LIFESTYLE

In den vergangenen Monaten wurde eine sehr absurde Debatte über die „Arbeitsmoral in Deutschland“ geführt. Kapitalverbände wie BDI, BDA und DIHK fordern seit langem, die Arbeitszeitgesetze so zu ändern, dass noch länger und flexibler gearbeitet werden kann.



Nach Kanzler Friedrich Merz (CDU) „müssen alle in diesem Land wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten.“ Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance lasse sich der Wohlstand nicht halten, so Merz. Merz argumentiert außerdem, dass es für die Wirtschaft des Landes besser wäre, die Arbeitszeit auf Wochenbasis festzulegen, anstatt „eine starre Regelung wie acht Stunden pro Tag“ anzuwenden. Und der „Möchtegern-Kanzler“ aus Bayern, Markus Söder (CSU), forderte alle auf, eine Stunde mehr pro Woche zu arbeiten: „Eine Stunde mehr Arbeit pro Woche würde uns ein enormes Wirtschaftswachstum beschern, und das ist wirklich nicht viel.“

Wer die Äußerungen von Merz und Söder liest, könnte meinen, dass die Wirtschaft in Deutschland boomt und ein außergewöhnlicher Bedarf an Arbeitskräften besteht. Die Realität sieht jedoch anders aus: Die Wirtschaft schwankt zwischen Stagnation, geringem Wachstum und Rückgang, fast jeden Tag werden neue Entlassungen bekannt gegeben. Die offizielle Arbeitslosenzahl liegt bei 3,06 Millionen, zusammen mit den verdeckten Arbeitslosen sind es etwa 4,3 Millionen.

Was die Frage der Beschäftigung angeht: 74 Prozent der Frauen und 81 Prozent der Männer sind erwerbstätig. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 wurden außerdem pro Beschäftigter 19,9 Überstunden geleistet. Davon wurden 8,4 Stunden bezahlt, während 11,5 Stunden nicht einmal vergütet wurden! Kurz gesagt: Die Arbeiter erfüllen mehr als ihren Soll!

Wirtschaftsunion gegen „Lifestyle-Teilzeit“

Nachdem die Debatte über die „Arbeitsmoral in Deutschland“ so richtig an Fahrt gewonnen hatte, meldete sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) zu Wort: Unter dem Titel „Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit“ stellte sie einen Antrag für den CDU-Parteitag (20.-21. Februar), in dem gefordert wurde, dass der

„Rechtsanspruch auf (Brücken-)Teilzeit zukünftig nur bei Vorliegen einer besonderen Begründung gelten“ solle. Der Vorstoß geht noch weiter: Wer ohne solche Gründe in Teilzeit arbeitet, soll nach diesen Plänen keinen Anspruch mehr auf bestimmte Sozialleistungen haben – weder auf Grundsicherung noch auf Kinderzuschlag oder Wohngeld.

Seit 2001 existiert in Deutschland der „Rechtsanspruch auf (Brücken-)Teilzeitarbeit.“ Die damalige Schröder-Fischer-Regierung (SPD/Grüne) hatte in Vorbereitung der Hartz-Gesetze auch dieses Gesetz erlassen. Auch diesen Gesetzen ging eine Diskussion über die Arbeitsmoral in Deutschland voraus. Demnach waren die Millionen von Arbeitslosen entweder zu faul, um zu arbeiten oder zu wählerisch, was den Arbeitsplatz angeht. Deswegen sollten sie mit Minijobs oder auch mit Teilzeitarbeit-Angeboten wieder an Arbeit gewöhnt werden! Hartz IV war der krönende Abschluss der Debatte: Die Arbeitslosen wurden gezwungen, jede Arbeit anzunehmen. Wer sich weigert wird seitdem mit Sanktionen belegt – demnächst sollen diese wieder verschärft werden.

Dass der „Rechtsanspruch auf (Brücken-)Teilzeitarbeit“ nicht bedeutet, dass man diesen auch einfach in Anspruch nehmen kann, sollte auch erwähnt werden. Denn ob man dieses Recht für sich beanspruchen kann, hängt auch vom Arbeitgeber ab. Arbeitgeber dürfen den Antrag auf Verringerung der Arbeitszeit ablehnen, wenn dem Wunsch auf Teilzeit betriebliche Gründe entgegenstehen.

MIT begründete ihren Antrag damit, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland nicht mehr ganztags arbeitet, sondern nach einem „individuellen Lebensstil“ lebt, und dass dies nicht mehr akzeptabel sei. Als Begründung wird insbesondere angeführt, dass Frauen nicht ausreichend am Arbeitsleben teilhaben und dass durch die Rücknahme oder Einschränkung dieses Rechts mehr Frauen zu einer Vollzeitbeschäftigung bewegt werden sollen.

Ist das „Lifestyle“?

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass Teilzeitarbeit in Deutschland bis Mitte der 1980er Jahre nur in sehr begrenztem Umfang existierte. Als Reaktion auf steigende Arbeitslosigkeit und Arbeitsintensität streikten die Stahlarbeiter zwischen November 1978 und Januar 1979 für eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die Stahlarbeiter waren zwar nicht erfolgreich, aber der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit hatte begonnen. Um diesem Kampf entgegenzuwirken, begannen das Kapital und seine Parteien, ganz unterschiedliche Arbeitsmodelle auf den Tisch zu bringen. Dazu gehörte neben der uns bekannten Teilzeitarbeit auch das Modell des „Job-Sharing“. Nach diesem Modell konnte eine Vollzeitstelle freiwillig zwischen zwei oder drei Arbeitnehmern aufgeteilt werden.

Insbesondere Frauen wurden dazu ermutigt, in solchen Modellen zu arbeiten. Denn laut Kapital und seinen Parteien waren Frauen ja nicht für den Lebensunterhalt der Familie verantwortlich, sondern trugen lediglich zum Haushaltseinkommen bei! Daher waren solche Teilzeit- oder Kurzezeitjobs genau das Richtige für sie! Ob „Jobsharing“-Modell, Teilzeit- oder Kurzezeitjobs (heute Minijobs), all diese Modelle wurden insbesondere von der Frauenorganisation der CDU unterstützt, um die traditionelle Rolle der Frauen in der Familie zu bewahren.

Heute sind 40,1 % der Beschäftigten (16,963 Millionen) gezwungen, in Teilzeit zu arbeiten. 49 % der berufstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit, 78 % der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Von den berufstätigen Männern arbeiten 12 % in Teilzeit. 17 % der Frauen, die in Teilzeit arbeiten, geben an, dass sie Teilzeit arbeiten, weil sie keine Vollzeitstelle finden können, während 45 % erklären, dass sie Vollzeit arbeiten könnten, wenn sie einen Kinderbetreuungsplatz für ihre Kinder finden würden.

Daher arbeitet ein Großteil der Frauen nicht in Vollzeit, weil sie keine Möglichkeit dazu haben und nicht, weil sie es nicht möchten. Da es aber nicht möglich ist, von einer Teilzeitstelle zu leben, ist ein Großteil der Frauen gezwungen, ein oder zwei Minijobs anzunehmen. Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehen 4,72 Millionen, gut elf Prozent aller Erwerbstätigen, einer Nebenbeschäftigung nach.

Natürlich stellt sich die Frage, was die Frauen sonst noch so machen mit ihrer erzwungenen „Lifestyle-Teilzeit.“ Hier die Antwort: Neben Kindererziehung und Haushalt auch Angehörige pflegen. Ende 2023 waren in Deutschland rund 5,7 Millionen Menschen als „pflegebedürftig“ im Sinne des SGB XI eingestuft. Über 83 % (rund 4,4 Millionen) werden zu Hause hauptsächlich von Frauen gepflegt.

Was das Kapital braucht, soll es auch bekommen!

Der CDU-Parteitag hat den Antrag der MIT über Teilzeitarbeit (von der Antragskommission sprachlich überarbeitet, aber inhaltlich gleich gelassen) mit der neuen Überschrift, „Teilzeitanprüche ordnen - Erwerbstätigkeit stärken“ angenommen.

Nach den Wünschen der CDU sollen die Frauen die Care-Arbeit, die eigentlich eine gesellschaftliche Aufgabe ist, in vollem Umfang übernehmen und dafür auch staatliche Transferleistungen erhalten. Darüber hinaus sollen alle gezwungen werden, jede Arbeit anzunehmen. Dafür sollen die bereits bestehenden Sanktionsmöglichkeiten ausgebaut werden. Auf dem CDU-Parteitag wurden auch Anträge über „Kündigungsschutz“, „Arbeitszeitrecht - Mehr Flexibilität, weniger Bürokratie“ und „Sozialleistungsbetrug“ beschlossen. Demnächst soll mit dem Koalitionspartner SPD darüber verhandelt werden, wie diese Beschlüsse umgesetzt werden können.

Wenn es nach den Unionsparteien geht, sollen alle Schutzgesetze entweder abgeschafft oder abgeschwächt werden. Dadurch soll den Arbeitgebern ermöglicht werden, die Arbeiter zu jeder Art von Arbeit zu zwingen und sie nach Belieben entlassen zu können!

Natürlich stellt sich die Frage, was die Frauen sonst noch so machen mit ihrer erzwungenen „Lifestyle-Teilzeit.“ Hier die Antwort: Neben Kindererziehung und Haushalt auch Angehörige pflegen. Ende 2023 waren in Deutschland rund 5,7 Millionen Menschen als „pflegebedürftig“ eingestuft. Über 83 % (rund 4,4 Millionen) werden zu Hause hauptsächlich von Frauen gepflegt.

Frauen wollen mehr als warme Worte!

In den nächsten Tagen werden wieder mal, pünktlich zum 8. März, etliche Statistiken veröffentlicht: Wie lange Frauen umsonst gearbeitet haben („Equal Pay Day“), wie hoch der Anteil der Frauen ist, die im Alter in Armut leben bzw. leben werden, wie hoch ihr Anteil an Care-Arbeit ist, warum die Geburtenraten sinken.

Nachdem die ganzen Statistiken veröffentlicht wurden, werden wieder mal unter Krokodilstränen die Frauen bedauert und ihnen baldige Erlösung versprochen – sie sollen nur nicht die Hoffnung verlieren und noch ein wenig Geduld haben. Und natürlich wird ihnen bei dieser Gelegenheit - mit Hinweis auf andere Länder - auch klar gemacht, dass es ihnen eigentlich hier gut geht! Und dass sie nicht mit noch mehr Wünschen den gesellschaftlichen Rahmen überstrapazieren sollten!

Aber Frauen wollen weder bedauert werden, noch wollen sie „warme Worte“! Sie wollen endlich das, was ihnen zusteht: Gleichheit in allen Bereichen! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! ★



HINTER DEN ZAHLEN

Gewalt an Frauen ist allgegenwärtig. Aus dem Bundeslagebild Häusliche Gewalt 2024 (veröffentlicht am 21.11.2025) geht hervor, dass die Anzahl der Opfer im Fünfjahresvergleich um 17,8 % gestiegen ist. Frauen machen dabei mit 70,4 % die deutliche Mehrheit der Betroffenen aus. Doch wie messbar ist Gewalt und welche gesellschaftlichen Abgründe stehen tatsächlich hinter den Zahlen?



Erhebungen im Hell- und Dunkelfeld

Das Bundeskriminalamt veröffentlicht seit 2015 Statistiken zur Partnerschaftsgewalt bzw. seit 2023 Berichte zu häuslicher Gewalt. Diese bilden ein sogenanntes Hellfeld ab, d.h. es werden Taten berücksichtigt, die offiziell gemeldet und polizeilich bearbeitet wurden. Aktuelle Zahlen des Lagebildes Häusliche Gewalt zeigen, dass mehr als zwei Frauen bzw. Mädchen pro Tag Opfer eines (vorsätzlich) versuchten oder vollendeten Tötungsdelikts werden. Mehr als jedes zweite Opfer (54%) erlebt versuchte oder vollendete Tötungsdelikten durch das soziale Umfeld, nämlich durch (Ex-)Partner oder Familienangehörige. Von interfamiliären Gewalttaten wird gesprochen, wenn zwischen Täter und Opfer ein Verwandtschafts- bzw. Pflegeverhältnis besteht. Hier machen mehr als ein Drittel der Opfer die eigenen Kinder aus, wobei auch an dieser Stelle Frauen, also explizit die eigenen Töchter, besonders häufig betroffen sind. Bei Prostitution und Zuhälterei, die innerfamiliär passieren, also Eltern, die ihre Kinder oder Partner ihre Partnerinnen zwangsprostituierten, waren laut Lagebericht ausschließlich Frauen und Mädchen betroffen. Was bedeutet es also, wenn selbst Familienangehörige und Verwandte sich vor diesen Gewalttaten nicht scheuen? Die Antwort ist ebenso klar wie verabscheuungswürdig: das eigene Zuhause ist und bleibt für Frauen häufig der gefährlichste Ort. Dazu kommt, dass fast die Hälfte der Tatverdächtigen bereits polizeilich bekannt sind. Während es also flächendeckend zu Wiederholungstaten kommt, ist das behördliche Interesse, Gewalt wirklich zu bekämpfen, nicht einmal mehr als Lippenbekenntnis zu bezeichnen. Mehr noch, ganz offen wird im Bericht vermerkt, dass die Höherbelastung von Frauen durch Gewalt in Partnerschaften bekannt sei und sie in stärkerem Maße von schwerer und (lebens-)bedrohlicher Gewalt betroffen seien als Männer. Die Aussage: „Der Schutz von Frauen hat für uns höchste Priorität“, von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt nach der Veröffentlichung des Lagebildes ist an Häme nicht zu übertreffen und folglich nicht nur metaphorisch ein weiterer Schlag ins Gesicht von Millionen Frauen.

Bekannt ist zwar schon länger, dass insbesondere Gewalt in Partnerschaften oder innerfamiliären Beziehungen deutlich seltener zur Anzeige gebracht wird. Die Lage im Dunkelfeld, also nicht gemeldete Gewalttaten, ist dennoch alarmierend. Nach 20 Jahren wurde im Februar 2026 erstmals eine repräsentative Dunkelfeldstudie zur Lebenssituation, Sicherheit, Belastung im Alltag und Gewaltbetroffenheit von Frauen und Männern in

Deutschland veröffentlicht, die auch diese Fälle beleuchtet. Aus dieser Studie geht hervor, dass die Anzeigequote von körperlicher Gewalt bei Frauen bei gerade einmal 2,7 % liegt. Dabei hatte mehr als jede fünfte Frau das Gefühl, in Lebensgefahr zu sein und mehr als die Hälfte trug körperliche Folgen davon. Statistisch wenig Berücksichtigung finden außerdem geschlechtsspezifische Taten, die nicht im Zusammenhang mit Partnerschaftsgewalt oder familiärer Gewalt stehen, also wo sich Opfer und Täter nicht bzw. nur flüchtig kennen. Es wurde festgestellt, dass über 80 % der 16- bis 24-jährigen Frauen in den letzten fünf Jahren Erfahrungen mit sexueller Belästigung gemacht haben, bei denen die Täter fremd bzw. nur flüchtig bekannt waren. Nur 1,3 % aller Frauen zeigten die Täter nach sexueller Belästigung an. Gravierende Zahlen sind auch bei sexuellen Übergriffen (Missbrauch) festzustellen: Obwohl fast jede fünfte Frau in ihrem Leben mindestens einmal sexuellen Missbrauch erlebt, liegt hier die Anzeigequote der Frauen mit 3,0 % deutlich niedriger als bei den Männern mit immerhin 14,5 %, von denen fast jeder 20. Missbrauchserfahrungen macht. Das Dunkelfeld zeigt unmissverständlich die Barrieren des (Hilfe-)Systems. Besorgniserregend ist nicht die immens geringe Anzahl der zur Anzeige gebrachten Straftaten per se, sondern die Abhängigkeit und Ohnmacht von unzähligen Frauen, die in ihr zum Ausdruck kommt.

Tödlicher Sparkurs

Obwohl Deutschland die Istanbul-Konvention des Europarats zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt 2011 unterzeichnet und am 1. Februar 2018 ratifiziert hat, sind bis heute viele wichtige Punkte noch immer nicht in deutsches Recht umgesetzt. Dabei ist die Unterzeichnung nun über acht Jahre her. Das Fehlen dieser bundesweit einheitlichen Strategie gegen Gewalt bedeutet, dass Präventionsangebote den Kommunen und Ländern nach eigenem Ermessen (und Finanzierungsquellen) überlassen werden. Wie gefährlich dieser Sparkurs ist, wird anhand des Beispiels Umsetzung der Bereitstellung von Frauenhausplätzen gemessen an der Einwohnerzahl deutlich.

Femizide und der Besitzanspruch an Frauen

Wieso sind Femizide bis heute kein offizieller Strafbestand? Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) gelten bei „Trennungstötungen“ oft mildernde Umstände. Das gilt, wenn die Trennung vom Opfer (Frau) ausging und sich der Täter (Mann) „dessen beraubt sieht, was er nicht verlieren will“. Damit gibt man nicht nur den Opfern die Schuld an ihrer Ermordung, sondern den Tätern werden auch noch Besitzansprüche an „ihren“ Frauen zugesprochen. Hierbei wird mehr als deutlich, welche Vorstellungen geltendes deutsches Recht und ihre Vertreter von Frauen haben: Sie sind das Eigentum von Männern, über sie und ihre Körper ist zu verfügen und zu bestimmen. Dabei geht diese Haltung längst nicht nur aus der Rechtsprechung des BGH hervor, sondern ist in der deutschen Judikative regelrecht zementiert. Sämtliche Paragraphen über die Ehe, Partnerschaft und Unterhalt sind nämlich nicht in den Sozialgesetzbüchern, sondern im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) implementiert, welches dem reinen Zweck dient, Eigentumsverhältnisse abzusichern. Bürokratisch festgelegte Besitzansprüche von Männern gegenüber Frauen stellen also bis heute echte Konsequenzen im alltäglichen Leben von eben jenen Frauen dar.

Bei einer aktuellen Einwohnerzahl von ca. 83,5 Millionen Menschen würden demnach für eine umfassende Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland 8.300 Plätze für Frauen und 12.450 Plätze für Kinder benötigt werden, d. h. insgesamt ca.

21.000 Plätze für Frauen und ihre Kinder. Bundesweit gibt es derzeit ca. 400 Frauenhäuser mit insgesamt 7.700 Plätzen, die jedoch alle chronisch überfüllt sind. Zur Nachvollziehbarkeit: Im gesamten Bundesland Hessen gibt es einen einzigen Platz für nur eine Frau mit einem Kind (Stand Ende Februar). Frauen ohne Kinder oder mit mehreren Kindern können an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden. Eine Frau mit einem Sohn, der schon über 12 ist, kann in diesem Frauenhaus auch nicht aufgenommen werden. Ebenso wenig ist diese Einrichtung barrierefrei. Die Notlage ist deutlich, die Situation mehr als prekär – und dabei konkret und wissentlich durch Sparpolitik herbeigeführt. Seit den 80er Jahren werden zwei Drittel der Frauenhäuser

Das Frauenhaus ist keine Auszeit

Der Aufenthalt im Frauenhaus stellt immer eine Ausnahmesituation dar. Die Frauen werden anonym und häufig weit weg vom Wohnort untergebracht, da die Bedrohungslage sehr hoch ist. Oftmals können berufstätige Frauen nicht mehr arbeiten gehen, da der Betrieb zu weit weg ist oder der gewaltbereite (Ex-)Partner vor dem Arbeitsplatz der Frau auflauern könnte. Auch der tägliche Bedarf wie Arztbesuche sind eingeschränkt. Hinzu kommen die extreme Belastungssituation nach der Gewalt, Druck von der Familie oder eigene Schuldgefühle. Im Frauenhaus mit untergebrachte Kinder können nicht mehr in ihre gewohnte Kita/Schule gehen, Freunde besuchen oder Familienmitglieder sehen.

durch Tagessätze finanziert. Personal-, Sach- und Hauskosten, die entstehen, werden also auf die einzelnen Frauen umgelegt. Wenn die Bewohnerin und ihre Kinder sozialleistungsberechtigt ist, dann zahlt je nach Rechtsgrundlage das Jobcenter oder das Sozialamt direkt an das Frauenhaus. Die Tagessätze sind unterschiedlich, liegen etwa zwischen 25€ und 100€ pro Person und Tag (für eine Frau mit einem Kind z.B. also monatlich zwischen 1500 und 6000 Euro). Frauen mit eigenem Einkommen werden selbst zur Zahlung herangezogen. Sie sind je nach Höhe der Tagessätze gezwungen, zur Finanzierung des Frauenhauses zusätzlich Sozialleistungen zu beantragen, die sie sonst für ihren eigenen Lebensunterhalt nicht benötigen würden. Damit müssen sie für ihren Schutz und Unterstützung – kurz; um am Leben zu bleiben – selbst bezahlen. Auszubildende, Studentinnen, erwachsene Schülerinnen, Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus wie z.B. geflüchtete Frauen, EU-Angehörige, die zum Arbeiten eingereist sind, sowie Migrantinnen mit Wohnsitzauflagen: all diese Frauen haben nach den Bestimmungen der Sozialgesetzbücher II oder XII keinen Sozialleistungsanspruch. Deshalb können sie in der Regel nicht in tagessatzfinanzierten Frauenhäusern aufgenommen werden. Sie sind auf die wenigen Notschlafplätze oder spendenbasierte Plätze angewiesen. Vor allem junge Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, werden dabei gänzlich Außenvorgelassen. Dieser blinde Fleck kostet Menschenleben. Die Forderung nach mehr Frauenhausplätzen ist somit nach wie vor aktuell und nicht aus anderen sozialen Kämpfen wegzudenken. Wer für bessere Arbeitsbedingungen und bezahlbaren Wohnraum auf die Straße geht, der kämpft im selben Atemzug auch für mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen. ★

Die Tagessätze für Frauenhäuser sind unterschiedlich, liegen etwa zwischen 25€ und 100€ pro Person und Tag (für eine Frau mit einem Kind z.B. also monatlich zwischen 1500 und 6000 Euro).

WAS IST DIE *weibliche Natur,* CLARA ZETKIN?



Sind die traditionellen Geschlechterrollen naturgegeben, wie Konservative es darstellen, oder ist Geschlecht nicht vielleicht doch eine reine Gefühlsangelegenheit, wie liberale Ansätze versprechen? Ein Blick auf die Schriften von Clara Zetkin zeigt einen anderen Weg, Geschlechterrollen zu bekämpfen.

Auch wenn traditionelle Rollenbilder heute mit dem Erstarken rechter Parteien wieder auf dem Vormarsch sind, so waren sie doch nie wirklich weg. Frauen wie Männer sind von Geburt an mit bestimmten Erwartungen konfrontiert und die Aufgaben, denen wir uns annehmen, die Berufe, die wir wählen und unser gesamter Platz in der Gesellschaft hängt immer noch stark mit dem Geschlecht zusammen. Und auch heute noch gibt es genug Stimmen, die traditionelle Rollenbilder rechtfertigen – meistens begründet mit der Biologie. So würde die traditionelle Familie, bestehend aus einem Vater, der die Familie versorgt und einer Mutter, die Betreuungsaufgaben und die Hausarbeit erledigt, den biologischen Voraussetzungen am meisten entsprechen. Aber ist dem wirklich so? Nein, würde Clara Zetkin uns antworten.

Die Hausfrau ist ein Anachronismus

Bereits vor über 130 Jahren bezeichnete sie die Vorstellung der Hausfrau in ihrem Werk „Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“ (1889) sogar als einen „Anachronismus“. Schließlich hätten sich die Voraussetzungen dafür längst von selbst erledigt. Früher war es vielleicht notwendig gewesen, mehr Zeit in häusliche Arbeit zu stecken – schließlich war diese viel umfangreicher. Doch mit der Industrialisierung wurde es möglich, viele dieser Aufgaben viel effektiver zu lösen und die Frau, die diese traditionell erledigt hatte, von dieser Hausarbeit in großen Teilen zu befreien – oder wer von uns muss heute noch die Wolle für seine Pullover selbst weben, diese selbst stricken und in stunden-

denlanger Arbeit auf einem Waschbrett waschen? Zetkin bezeichnet die Industrialisierung und ihre Möglichkeiten als „Emanzipation vom Kochtopfe“.

Doch es gibt noch eine weitere Entwicklung, die dazu führt, dass die Stellung der Frau sich grundlegend wandelt: Während für die Frauen der bürgerlichen Klassen die „Emanzipation vom Kochtopfe“ bedeutete, dass sich nun der Bildung hingeeben werden konnte (nicht umsonst stritt die bürgerliche Frauenbewegung um Zugang zu Universitäten), war für den Großteil der Frauen ein anderer Faktor bestimmend: Die Armut und der Zwang zur Lohnarbeit. Ebenfalls im Jahr 1889 hielt Clara Zetkin auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris eine Rede mit dem Titel „Für die Befreiung der Frau“. Zu dieser Zeit wurde in der internationalen Arbeiterbewegung diskutiert, wie man sich zur Lohnarbeit der Frauen verhalten sollte. Die Frauenarbeit war billiger und wurde genutzt, um Löhne zu drücken. Außerdem wurden sich Gedanken um die Gesundheit der Frauen gemacht. Doch Zetkin wies all diejenigen scharf zurück, die forderten, die Frau von der Lohnarbeit fernzuhalten. Sie hielt fest, „daß es nicht die Frauenarbeit an sich ist, welche durch Konkurrenz mit den männlichen Arbeitskräften die Löhne herabdrückt, sondern die Ausbeutung der Frauenarbeit durch den Kapitalisten, der sich dieselbe aneignet“. Sie argumentierte, dass die Lohnarbeit der Frau im Gegenteil ein entscheidender Faktor für ihre Gleichberechtigung sein könne: „Wie der Arbeiter vom Kapitalisten unterjocht wird, so die Frau vom Manne; und sie wird unterjocht bleiben, solange sie nicht wirtschaftlich unabhängig dasteht.“ Doch die absolute Bedingung für ihre Unabhängigkeit ist die Arbeit.

Es sind diese Entwicklungen im Kapitalismus, wegen denen Zetkin schlussfolgert: „Die Frauenemanzipationsfrage ist ein Kind der Neuzeit, und die Maschine hat dieselbe geboren“.

Ist die Frau jetzt frei?

Der Kapitalismus hat die Frauenfrage als gesellschaftliche Frage auf die Tagesordnung gesetzt. Denn aus der neuen Stellung der Frau, insbesondere der Arbeiterfrau, die immer mehr aus dem privaten Raum heraustritt und Teil der Gesellschaft wird, ergeben sich natürlich auch Ansprüche. Eine Frauenbewegung entsteht, die aus den gleichen Pflichten auch gleiche Rechte ableitet und für deren Umsetzung kämpft. Nur weil die Gleichberechtigung der Geschlechter denkbar wird bedeutet das noch lange nicht, dass sie auch verwirklicht wird. Vielmehr befindet sich die Frau in neuen Widersprüchen. Zetkin schildert, dass die Lohnarbeiterinnen gar keine traditionellen Mütter mehr

sein können, sondern zwischen Arbeit und Erziehungsaufgaben hin- und hergerissen sind. Diese Doppelbelastung ist kein Zufall, auch heute nicht: Schließlich werden wir Frauen zwar in der Produktion gebraucht, doch auch die unbezahlte Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit ist eine notwendige Voraussetzung der Gesellschaft. Dass diese nach wie vor hauptsächlich von Frauen im privaten Raum erledigt wird, spart Kosten und führt zur Doppelbelastung, der viele von uns ausgesetzt sind. Es ist diese Zerrissenheit, aus der Konservative ableiten, dass es besser wäre zurückzukehren zu einer Gesellschaft, in der die Aufgaben nach Geschlecht aufgeteilt sind und jedes Geschlecht seinen „natürlichen“ Platz hat. Dort, wo ein Gehalt ausreicht, um die Familie zu ernähren und die Hausfrauen sich neben der Kindererziehung (die im Übrigen zum Großteil durch Kindermädchen erledigt wird) als Hobby dem Weben ihrer eigenen Wolle und dem Backen ihres eigenen Brotes widmen können sieht das vielleicht rosiger aus. Ein sinnvoller gesellschaftlicher Vorschlag ist es nicht. Zetkin schlägt einen anderen Weg vor.

So legt die kapitalistische Gesellschaft den Grundstein für die Befreiung der Frau – und die Widersprüche, in denen sich die Arbeiterfrau befindet, müssten durch eine andere Gesellschaftsform aufgehoben werden. Anstatt die alte Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum wiederherzustellen, müsste diese vielmehr aufgehoben werden. Erst in der neuen, sozialistischen Gesellschaft, für die Zetkin kämpfte, wäre diese vollständige Befreiung der Frau möglich: „Die Emanzipation der Frau wie die des ganzen Menschengeschlechtes wird ausschließlich das Werk der Emanzipation der Arbeit vom Kapital sein.“ Erst wenn die häusliche Arbeit nicht mehr auf die private Arbeit in der Familie abgewälzt wird, sondern als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt und angenommen würde kann die vollständige Emanzipation der Frau Erfolg haben.

Naturgegeben ist hier (fast) gar nichts

Diese Vergesellschaftung der Haus- und Erziehungsarbeit würde nicht nur für die Frau Entlastung bedeuten, sondern würde auch die Qualität dieser Arbeit heben. Zetkin vergleicht, dass auch die Bildung früher in jedem Haushalt im Privaten stattgefunden habe – doch mit der Etablierung eines allgemeinen

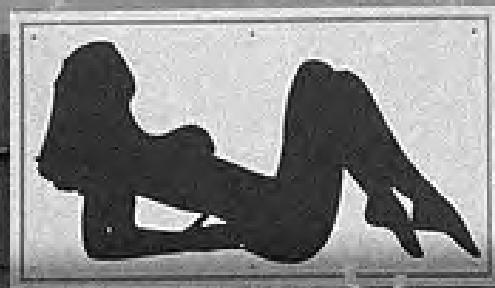
Schulwesens, das nötig wurde, um einen gewissen Bildungsstandard auch unter Arbeitern herzustellen, wurde das allgemeine Bildungsniveau enorm angehoben. Und auch für die frühkindliche Erziehung hätte es nur positive Auswirkungen, sie zu einer gesellschaftlichen Aufgabe zu machen und somit das Niveau der Erziehung nicht von der Eignung der jeweiligen Mutter abhängig zu machen. Sie hält fest: „[...] die in der Gesellschaft produzierende Frau wurde ihrem „natürlichen“ Berufe entzogen, der überhaupt nur so lange natürlich war, als er sich mit den ökonomischen Grundbedingungen deckte.“ Soll heißen: Es gibt keine natürliche Arbeitsteilung – die Aufgaben sind den Geschlechtern immer so zugefallen, wie es die gesellschaftlichen Bedingungen erforderten. Dabei leugnet Zetkin die Biologie nicht: Die Frauen sind es, die die Kinder gebären und stillen müssen. Doch da hört der biologische Zwang bereits auf – der Rest ist eine gesellschaftliche Frage. Höchste Zeit also, für eine Gesellschaft zu sorgen, in der das Geschlecht nicht mehr die Grenzen dessen bestimmt, was ein Mensch sein kann.

Was ist Geschlecht – und was nicht?

Während Konservative alles daransetzen, aus der Biologie natürliche Rollenbilder abzuleiten, fehlt es an vielen Stellen an fortschrittlichen Antworten auf diese Vorstellungen. In der Frauenbewegung dominiert heute ein liberales Geschlechtsverständnis. So ist besonders die Unterscheidung von sex und gender bzw. biologischem und sozialem Geschlecht beliebt. Diese geht davon aus, dass zwar jeder Mensch ein biologisches Geschlecht hat, das soziale Geschlecht jedoch eine rein subjektive Frage bzw. eine Frage der Identifikation ist. Folglich kann jeder selbst entscheiden, welches Geschlecht er hat und somit auch welchem Rollenbild er sich fügen möchte. Diese Unterscheidung scheint zwar erstmal wie ein Ausweg, weil man auf dieser Grundlage für die Anerkennung aller Identitäten und Lebensentwürfe kämpfen kann. Aber wirklich erklären, woher die gesellschaftlichen Rollenbildern kommen und wie man sie an der Wurzel bekämpfen kann, tun sie nicht. Wir können Biologie und Identität bzw. Rollenbild jedoch nicht einfach voneinander entkoppeln und als unabhängig voneinander erklären. Vielmehr müssen wir das ändern, was die Biologie in eine Geschlechterrolle überträgt – die Gesellschaft. Für wirkliche Befreiung brauchen wir also nicht nur die Freiheit, seine Geschlechtsidentität selbst zu wählen, sondern wir brauchen eine Gesellschaft, in der Geschlecht nicht mehr die Fessel ist, die sie heute oft darstellt. ★

„Die Arbeiterinnen, welche nach sozialer Gleichheit streben, erwarten für ihre Emanzipation nichts von der Frauenbewegung der Bourgeoisie, welche angeblich für die Frauenrechte kämpft. Dieses Gebäude ist auf Sand gebaut und hat keine reelle Grundlage. Die Arbeiterinnen sind durchaus davon überzeugt, daß die Frage der Frauenemanzipation keine isoliert für sich bestehende ist, sondern ein Teil der großen sozialen Frage. Sie gehen sich vollkommen klare Rechenschaft darüber, daß diese Frage in der heutigen Gesellschaft nun und nimmermehr gelöst werden wird, sondern erst nach einer gründlichen Umgestaltung der Gesellschaft.“
-Clara Zetkin, Für die Befreiung der Frau! (1889)

Wer war Clara Zetkin?
Clara Zetkin war eine wichtige Kämpferin der Arbeiterbewegung, gab unter anderem die Zeitschrift „Die Gleichheit“ für Arbeiterfrauen raus, kämpfte an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegen den Ersten Weltkrieg und war Mitglied der 1919 gegründeten KPD.



EIN VERBOT ALLEIN IST KEINE LÖSUNG

Entgegen der herrschenden Gesetzeslage, die Prostitution als einen Beruf wie jeden anderen betrachtet, stößt die CDU zuletzt immer wieder mit Vorschlägen für ein Sexkaufverbot vor. Diese Maßnahme allein kann jedoch keine Lösung sein.

Ob Rotlichtviertel in Großstädten, Werbung für „günstige“ Mädchen und Frauen online oder Wohnwagen an der Autobahnausfahrt - in Deutschland ist Prostitution seit 2002 legal, für jeden sichtbar, zugänglich und scheinbar normal. Von den Linken bis zur SPD wird dies verteidigt und auch in der Frauenbewegung wird bevorzugt von „Sexarbeit“ gesprochen, um zu verdeutlichen, dass es sich um einen Beruf handelt und selbstbestimmt stattfinden kann.

Prostitution ist eine Klassenfrage

Entgegen dieser Erzählung hat sich die Arbeiterbewegung schon früh gegen die Prostitution eingesetzt. Prostitution, wie wir sie heute kennen, ist seit ihrer Entstehung untrennbar verbunden mit der Herausbildung der bürgerlichen Ehe und der Entstehung des Privateigentums. Insbesondere in den großen Städten erlebte die Prostitution mit der Industrialisierung einen starken Anstieg. Immer mehr Frauen wanderten in die Städte ab, um Arbeit zu suchen. Dies war aber nur in bestimmten Berufen möglich, die in der Regel sehr niedrig entlohnt wurden, wie z.B. Fabrikarbeiterinnen, die niedriger als die Männer entlohnt wurden, oder Kellnerinnen, die auf das Trinkgeld der Gäste angewiesen waren. Das drängte junge Frauen in sehr prekären Situationen in die Prostitution.

Zu dieser Zeit forderte die Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, kritisierte die niedrigen Frauenlöhne und betonte die Notwendigkeit des Rechts für Arbeiterinnen, sich zu organisieren und für ihre Rechte kämpfen zu können. Auch Clara Zetkin beschrieb die niedrigen Löhne als „eine Prämie auf die Prostitution oder eine Anweisung auf langsames Verhungern.“

Die Tatsache, dass sich die Prostituierten aus der Arbeiterklasse und vor allem dem Prekariat rekrutieren, zieht sich bis heute durch. In Deutschland sind über 90 % der Prostituierten Frauen, ein noch höherer Anteil der Freier sind Männer. Nur 17 % der legal gemeldeten Prostituierten besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Ziel des in Deutschland geltenden Prostitutionsschutzgesetzes war auch der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung. Häufig begegnet man dem Argument, dass der legale Rahmen die Tätigkeit sicherer für die

Frauen macht. Aber schützt das Prostitutionsschutzgesetz wirklich die Frauen? Im Bereich Menschenhandel stellt der Großteil der Verfahren den Bereich der sexuellen Ausbeutung dar. Allein 2024 gab es 270 festgestellte Opfer von sexueller Ausbeutung in Wohnungen, also Prostitution, die nicht im Bordell oder auf der Straße stattfindet. Diese Wohnungen sind in vielen Fällen nicht angemeldet für Prostitution, was die Kontrolle logischerweise erschwert.

Immer häufiger gibt es auch Meldungen von Minderjährigen, einige erst 12 oder 13 Jahre alt, die für den Kauf von Sex angeboten werden, zum Beispiel in Internetforen. Auch kommen viele Frauen nicht aus Deutschland, sondern aus Ländern wie Rumänien und Bulgarien und viele landen durch Menschenhandel in Deutschland, um die Nachfrage der Freier zu befriedigen. Und obwohl Zuhälterei und Zwangsprostitution zwar verboten sind, findet beides trotzdem statt. Es ist kaum nachvollziehbar, ob die Prostituierten „freiwillig“ beschäftigt sind. Sicher ist es für die Frauen so oder so nicht: 40% der Prostituierten geben an, bereits Gewalt durch Freier erlebt zu haben und das Risiko ermordet zu werden, ist für Frauen in der Prostitution 18-mal höher als für andere Frauen. Seit 2002 wurden über 100 Prostituierte in Deutschland ermordet, meist von Freiern oder Zuhältern. Studien zeigen auch, dass sich traumatische Erlebnisse und Missbrauch in der Kindheit sowie sexualisierte Gewalt und Armut durch die Biografien vieler Frauen ziehen.

Wenn Prostitution ein Beruf wie jeder andere wäre, wie häufig argumentiert wird, dann bräuchte es keinen „Ausstieg“. Doch dieser ist für die meisten sehr schwer. Das hat unterschiedliche Gründe, aber die schweren, oft traumatischen Erlebnisse durch die Prostitution, die Unsicherheit, wie es weitergehen kann, und die weiterhin bestehende ökonomische Not spielen meistens eine Rolle. Hinzu kommt, dass Ausstiegshilfen und Beratungsangebote unterfinanziert sind, wie die soziale Arbeit es ohnehin insgesamt ist.

Mit der Legalisierung geht auch ein enormer Umsatz einher: Dieser wird jährlich auf 14,5 bis 15,5 Milliarden Euro geschätzt. Davon profitieren nicht die Frauen, sondern Bordellbetreiber, Zuhälter usw. Denn allein die Mieten in den Bordellen sind so hoch, dass diese erstmal abgearbeitet müssen, das kann 3-5 Freier am Tag bedeuten. Und über diese Freier ist gar nicht so viel bekannt. Eine Gesundheitsstudie des Deutschen Ärzteblatt hat ergeben, dass jeder vierte

deutsche Mann nach eigenen Angaben schon einmal Sex gekauft hat. Hinzu kommt der Sextourismus. In wenigen europäischen Ländern ist Sexkauf so zugänglich wie in Deutschland.

Und natürlich hat diese Gesetzgebung eine normierende Wirkung. Wer über den Kiez in Hamburg geht oder die Kurfürstenstraße in Berlin, versteht schnell, dass Frauen für Männer käuflich sind. Und die hohe Zahl an Freiern zeigt auch, wie tief verankert es in unserer Gesellschaft ist, Zugriff auf die Körper von Frauen zu erkaufen.

Wie kann man dagegen ankämpfen?

Ein Ansatz, um gegen Prostitution vorzugehen und die Frauen zu schützen, ist das Nordische Modell. Im Februar 2024 stellte die CDU erstmals einen Antrag für die Bestrafung von Sexkauf, eingereicht von Merz, Dobrindt und der Fraktion. Seitdem wird immer wieder, zuletzt von Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, ein Sexkaufverbot gefordert. In dem Antrag wird eine Freierstrafbarkeit gefordert, ohne die Prostituierten zu kriminalisieren. Außerdem wird sich neben vielen anderen Punkten für mehr Ausstiegsangebote, Beratungsstellen und Aufklärungs- und Präventionsarbeit ausgesprochen. „Gilt die Würde des Menschen nur für Privilegierte?“ fragt Dorothee Bär bei ihrer Rede zum Antrag im Bundestag und spricht vom Dreiklang von Klassismus, Rassismus und Sexismus, der die Prostitution bedinge.

Erstmal klingt es sehr einleuchtend: Eine Lösung, die nicht die Frauen, sondern die Freier kriminalisiert. Länder wie Schweden, Norwegen, Frankreich und Irland haben das Nordische Modell bereits eingeführt. So ist die Anzahl der Freier in den Ländern deutlich zurückgegangen. Dies wird auf mögliche Folgen für die Freier zurückgeführt, wie Geldstrafen oder der Verlust des Arbeitsplatzes, wie in Schweden beispielsweise. Doch die Effekte des Modells sind nicht in allen Ländern gleich. Während beispielsweise in Schweden mehr Frauen aus der Prostitution aussteigen konnten – 2008 waren es rund zwei Drittel weniger als vor der Einführung des Nordischen Modells – zeigt sich, dass Frankreich nicht dieselben Fortschritte verzeichnen kann. Gründe hierfür sind, dass viele Frauen die Ausstiegsprogramme nicht kennen und dass es an Unterstützung während des Ausstiegs fehlt. Diese Zahlen zeigen, dass die Zahl der Freier keine feste Größe ist, dass Prostitution nicht einfach dazu gehören muss und die Gesetzgebungen einen Effekt haben. Ein Land wie Deutschland wird als Menschenhandelszielland Nummer eins in Europa bezeichnet, Schweden nicht.

Doch Prostitution abschaffen kann das Nordische Modell nicht. Denn es ist kein Zufall, dass es Prostitution geschichtlich immer da gab, wo ökonomische Not Frauen dazu gedrängt hat. Die Gesetzgebungen können zwar Verbesserungen und Veränderungen für die Lage der Frauen bringen können, oder das gesellschaftliche Bild von Sexkauf verbessern oder verschlechtern, aber die ökonomische Grundlage, auf der sie entsteht, nicht angreifen.

Wer Armut schafft, ist verantwortlich für den sozialen Nährboden, auf dem Prostitution stattfindet!

Beschränkt man sich auf den Antrag und Bär's Rede, klingt es so, als wäre die CDU ernsthaft auf der Seite der Frauen und interessiert daran, ihre Lage zu verbessern. Aber es ist die dieselbe Partei, die den 8-Stunden-Tag abschaffen, Teilzeit verbieten und das Renteneintrittsalter erhöhen will. Es ist dieselbe Partei, die derzeit einen Kahlschlag des Sozialsystems durchführt, von deren Kürzungen vor allem Frauen betroffen sind! Es zeigt sich: Wer Armut schafft, ist verantwortlich für den sozialen Nährboden, auf dem Prostitution stattfindet – die CDU entlarvt sich selbst mit ihrer Politik. Das Engagement gegen Prostitution ist für bürgerliche Frauenrechtlerinnen wie Bär jedoch nicht neu – bereits die erste bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland kämpfte gegen die Prostitution. Im Zentrum der Kritik stand die sogenannte Sittlichkeit. Es wurden die Übertragung von Geschlechtskrankheiten und der Sittenverfall angeprangert sowie Keuschheit und Ehe gepredigt. Dabei waren es oft die eigenen Männer, die mit Prostituierten Ehebruch begingen, während den Frauen Monogamie auferlegt wurde. Die Solidarität mit Frauen in der Prostitution und die Kritik an ihnen gingen in der Arbeiterbewegung jedoch nicht aus einer moralischen Verurteilung der Prostituierten, sondern immer aus der Klassensolidarität hervor. Und diese gilt auch heute noch, wenn auf der einen Seite Prostitution als „freiwillige Entscheidung“ verteidigt und die ökonomischen Zwänge ignoriert werden, oder wenn die CDU Mitgefühl mit den Prostituierten bekundet, aber mit ihrer Politik dafür sorgt, dass es arbeitenden Frauen in diesem Land jeden Tag schlechter geht. Die Frage der Prostitution lässt sich nicht aus einer anderen Perspektive als der Klassenperspektive beantworten. Das zeigt sich auch daran, dass es sowohl innerhalb Deutschlands als auch in anderen europäischen Staaten immer wieder unterschiedliche Gesetzgebungen gab – abschaffen konnte sie kein bürgerlicher Staat. Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere – aber um sie wirklich zu bekämpfen, darf nicht erst bei der Prostitution angefangen werden, sondern für eine Gesellschaft gekämpft werden, in der keine Frau mehr in Armut leben muss. ★

Schon August Bebel stellte fest, dass „die Prostitution für die moderne Gesellschaft eine Sphinx ist, deren Rätsel sie nicht lösen kann“.

Braucht der Marxismus eine feministische Ergänzung?

Marxisten sehen sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, die Frauenfrage nur als „Nebenwiderspruch“ zu betrachten, denn der Marxismus sei „geschlechtsblind“ und habe die Frauenfrage und die Tätigkeiten für die Reproduktion der Arbeitskraft nicht ausreichend betrachtet. Marxistische Feministen versuchen, den Marxismus und den Feminismus miteinander zu verbinden. Aber braucht der Marxismus eine Ergänzung um den Feminismus? Oder wird in den „marxistischen“ Feminismus nicht vielmehr der Marxismus in letzter Konsequenz aufgegeben?

Hier gehts zum Artikel:



HERAUS ZUM

Vom 2.–6. April 2026 stehen wie jedes Jahr die traditionellen Ostermärsche der Friedensbewegung an. Wie wichtig eine Stärkung dieser Bewegung ist, wird angesichts der Zuspitzung internationaler Konflikte immer stärker für jeden von uns in allen Lebensbereichen spürbar.

Kaum eine Rede größerer deutscher Politiker liest sich ohne einen Satz wie: Wir müssen (in Europa) mehr Verantwortung übernehmen!

Was mit dieser Verantwortung gemeint ist, versteckt sich dann meistens hinter dem Wort Sicherheit, über dessen Bedeutung wir vor einiger Zeit bereits einen längeren Artikel veröffentlicht haben. Was folgt sind die gewohnten Appelle, die wir spätestens seit der 2022 von Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende alle kennen. Wir müssten uns wappnen gegen einen potenziellen Angriff Russlands auf EU, NATO oder sogar deutsches Staatsgebiet. Wir müssten soziale Forderungen, demokratische Rechte oder lebenswürdige Arbeitsbedingungen hintenanstellen, ganz im Interesse der Aufrüstung. Nicht zuletzt müssten wir uns schon mal darauf einstellen, potenziell unser eigenes Leben aufs Spiel zu setzen, um die personellen Voraussetzungen für zukünftige Kriege zu schaffen.

Deutschland und die EU auf Aufrüstungskurs

Wie offenkundig fadenscheinig die Behauptung ist, bei der Aufrüstung handle es sich um einen rein defensiven Akt gegenüber einer russischen Bedrohung, sprach Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Eröffnungsrede auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz (Siko) selbst aus: „Das Bruttoinlandsprodukt Russlands beläuft sich zurzeit auf etwa zwei Billionen Euro. Das der Europäischen Union ist fast zehnmal so hoch. Und doch ist Europa heute nicht zehnmal so stark wie Russland.“ Um sich zu „verteidigen“, braucht man also ein zehnmal so starkes Militär wie der potenzielle „Angreifer“? Mit dieser Aussage offenbart Merz selbst, was bereits ein flüchtiger Blick auf die militärischen Kennzahlen nahelegt: Bei der Aufrüstung geht es nicht darum, ein mit Russland vergleichbar starkes Militär aufzubauen, denn dieses ist innerhalb der europäischen NATO-Staaten konventionell längst übertroffen. Vielmehr geht es darum, eine militärische Stärke zu entwickeln, die Russland deutlich in den Schatten stellt und die EU in eine Liga mit den Großmächten USA und China hebt.

Auch die Frage nach einer „europäischen nuklearen Abschreckung“ rückte Merz im Vorfeld der Sicherheitskonferenz wieder in den Fokus. Er habe zu diesem Thema erste Gespräche mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron aufgenommen, ein weiterer Schritt in Richtung einer militärischen Großmacht EU. War man vor gut einem Jahr auf der damaligen Sicherheitskonferenz noch mehrheitlich schockiert über die Worte des US-Vizepräsidenten JD Vance, der die EU stark kritisierte und klar machte, die USA werden künftig weniger auf transatlantische Bündnisse setzen, so hat man sich inzwischen offenbar neu sortiert und eine vorsichtige Antwort formuliert. Diese ließe sich etwa so zusammenfassen:



Wir wissen, dass wir aktuell nicht ohne euch auskommen, aber wir werden alles daransetzen, diese militärische Abhängigkeit so schnell es geht zu verringern. Mit anderen Worten: Die Phase umfassender Aufrüstung beginnt gerade erst richtig.



Die Folgen für den Frieden

Die Behauptung, diese Vorhaben würden zur Sicherheit der Menschen in Europa beitragen, ist nicht nur falsch – sie führen vielmehr zum Gegenteil. Ein militärisch massiv aufgerüstetes Deutschland an der Spitze einer hochgerüsteten EU verschärft die internationale Konkurrenz weiter und erhöht damit die weltweite Kriegsgefahr. Dass die europäischen Staaten, allen voran ihre wirtschaftlich stärksten Vertreter Deutschland und Frankreich, bereit sind, alles, was in ihren materiellen Möglichkeiten liegt, zu tun, um auf der Welt imperialistische Machtpolitik im Interesse ihrer herrschenden Klasse zu betreiben, haben sie allein in den letzten 30 Jahren mehr als bewiesen. Ob durch die Behinderungen der Friedensgespräche im Rahmen des Ukrainekrieges, ihrer unzähligen kleineren Imperialkriege auf dem afrikanischen Kontinent oder ihrer militärischen Unterstützung westlicher Kriege in Irak, Afghanistan und nicht zuletzt auch des genozidalen Krieges gegen das palästinensische Volk. Die Vorstellung diese Staaten würden zusätzlich noch über ein Vielfaches mehr an militärischen Möglichkeiten verfügen, um ihre Politik noch aggressiver auf der Welt durchsetzen zu können, sollte einem klar werden lassen, vor welcher Bedrohung wir aktuell stehen.



Was ist der Ostermarsch?

Die Ostermärsche entstanden Ende der 1950er Jahre in Großbritannien aus dem Protest gegen Atomwaffen, maßgeblich initiiert von der Campaign for Nuclear Disarmament.

Der erste große Marsch führte von London zum Atomforschungszentrum im nahegelegenen Aldermaston und fand über die Osterfeiertage statt.

Ostern bot organisatorische Vorteile durch mehrere freie Tage am Stück, außerdem stand das Fest symbolisch für Hoffnung und Neubeginn was die, auch von den Kirchen mitgetragene Friedensbewegung zur breiteren Mobilisierung nutzte. 1960 wurde die Aktionsform in die Bundesrepublik übernommen und entwickelte sich in den 1960er bis 1980er Jahren zu einem zentralen Ausdruck der Friedensbewegung gegen atomare Aufrüstung. Kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Vereine, Jugendverbände, Intellektuelle und weitere Akteure der Zivilgesellschaft beteiligten sich gleichermaßen, wodurch die Ostermärsche zeitweise eine breite gesellschaftliche Massenmobilisierung erreichten. Bis heute finden Ostermärsche jährlich statt und greifen jeweils aktuelle Fragen rund um Krieg und Frieden auf.

Unsere Aufgabe: diese Politik entlarven

Angesichts dieser Situation müssen wir es als unsere zentrale Aufgabe verstehen, die Aufrüstung Deutschlands und der EU überall, wo wir uns befinden, zu entlarven und als politisches Projekt zu benennen, das den strategischen und ökonomischen Interessen der deutschen Herrschenden Klasse auf unseren Kosten dient.

Außerdem müssen wir die Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen durch die aktuelle Bundesregierung mit ihren Aufrüstungsprojekten in Verbindung bringen. Niemand wird sich vor den Folgen dieser immer weiteren Aufrüstung verstecken können. Ob es die Kürzungen im Sozialstaat sind, die mit immer stärkerem Tempo voranschreiten, ob es die Angriffe auf unsere Arbeitsrechte sind, die mit der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands begründet werden, ob es unsere Kinder, Enkel, Brüder, Freunde oder Mitschüler sind, die bald zur Musterung gezwungen werden – all das geht jeden von uns etwas an, und mit diesem Wissen müssen wir die Friedensbewegung stärken.

Beispiele wie die Ende Januar veröffentlichte Erklärung der IG Metall Vertrauenskörper der Ford-Werke in Köln unter dem Titel „Nein zur Kriegswirtschaft – Wir geben unsere Kinder nicht für Kriege!“ müssen wir vermehren. Gerade innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften müssen wir durch Erklärungen, gemeinsame Aufrufe, Informationsveranstaltungen und die damit einhergehenden Diskussionen mit den Kollegen die Frage nach Frieden zu der existenziellen Frage machen, die sie tatsächlich ist. Wer ein Interesse an guten Arbeits- und Lebensbedingungen hat, der muss auch ein Interesse daran haben, sich gegen den aktuellen Kriegskurs der Bundesregierung zu stellen. Darüber hinaus sollten wir uns dafür einsetzen, die Schulstreikbewegung gegen die Wehrpflicht mit der traditionellen Friedensbewegung zusammenzuführen, um sie zu verbreitern und zugleich zu verjüngen. Das kann bedeuten, den Ostermarsch in die Streikkomitees gegen die Wehrpflicht hineinzutragen. Denn wer der Wehrpflicht ernsthaft etwas entgegensetzen will, muss die Aufrüstung als Ganzes kritisieren. Es kann ebenso bedeuten, den Ostermarsch in Bündnisse, wie zum Beispiel gegen Kürzungen an Universitäten, einzubringen, denn den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Kürzungspolitik deutlich zu machen, erhöht in beiden Feldern die politische Schlagkraft. So wie die herrschende Klasse uns die Aufrüstung in jeden unserer Lebensbereiche aufzwingt, so müssen wir es schaffen in jedem dieser Lebensbereiche eine entsprechende Antwort zu formulieren.

Heraus zum Ostermarsch 2026!

Lasst uns den diesjährigen Ostermarsch als Anlass nehmen, im Betrieb, in der Uni, in der Schule und überall sonst wo wir uns befinden, die Folgen der aktuellen Kriegspolitik zu benennen und den Finger in die Wunde zu legen. Diese Politik wird nicht nur nicht für uns gemacht, sie steht in direktem Widerspruch zu unseren Interessen! ★

OSTER MARSCH!

Kommt mit dem neuen BND-Gesetz bald die deutsche CIA?

Was in Zeiten des NSA-Skandals und den Snowden-Enthüllungen noch als skandalös galt, wird in naher Zukunft bittere Normalität.

In einer Zeit, die immer bedrohlicher wird, können wir nicht bei der reinen Aufklärung stehenbleiben. Zum Schutz unseres Landes müssen wir unsere Dienste auch in die Lage versetzen, gewisse Operationen durchzuführen.“ So beklagte sich zuletzt der Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU) über die bisherigen Befugnisse des deutschen Außennachrichtendienstes, um den neuen Gesetzesentwurf zu legitimieren. Das Ziel ist unmissverständlich: Der BND soll in Anbetracht der ausländischen Geheimdienste anderer Großmächte insbesondere der USA endlich auf eigenen Beinen stehen dürfen und vergleichbare Werkzeuge in die Hand bekommen.

Wie arm dran ist der BND?

Offiziell ist der BND für die Sammlung und Auswertung außen- und sicherheitspolitisch relevanter Informationen zuständig. Anders als die CIA oder die NSA verfügte der BND also bislang gesetzlich gesehen über deutlich engere operative Befugnisse, als man es von einem „klassischen“ Geheimdienst kennen mag. Und genau hier setzt das neue Gesetz nun an. Künftig sollen nicht nur bloße Aufklärungsmaßnahmen und Informationsbeschaffung erlaubt sein, sondern der BND soll aktiv operativ eingreifen können und vom Gesetz her aus der Beobachterrolle zum Akteur werden. Doch wenn man genauer hinschaut, sieht man, dass der BND bereits in der Vergangenheit weit darüber hinaus agiert hat. Spätestens seit den Enthüllungen um Edward Snowden wurde deutlich, dass es der BND nicht so eng damit sieht, sich an seine eigenen Regeln zu halten. Immer wieder wurde bekannt, wie der BND in Skandale verwickelt gewesen ist und insbesondere den US-amerikanischen Geheimdiensten unter die Arme gegriffen hat: Beim NSA-

Skandal assistierte der deutsche Außennachrichtendienst bei unrechtmäßigen Spähaktionen und bespitzelte selbst entgegen seinen rechtlichen Vorgaben über Jahre hinweg insbesondere ausländische Regierungsfunktionäre innerhalb der EU und der NATO. Nicht zuletzt im Jahre 2024 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die internationale Kommunikationsüberwachung des BND verfassungswidrig ist und seine Befugnisse zu weit gehen – obwohl diese erst einige Jahre zuvor durch eine Gesetzesreform gesetzlich eingeräumt worden sind. Die Grenze zwischen „Aufklärung“ und direkten Eingriffen war für den BND also bereits bis hier hin stets flexibel dehnbar – mit einer mitschwingenden Hoffnung, dass diese Überschreitungen nur einfach nicht ans Tageslicht kommen und sich niemand drüber beschwert. Mit dem neuen Gesetz geht es also insbesondere darum, genau diese Tätigkeiten nun endlich auf legale Weise durchführen zu können und darüber hinaus massiv auszuweiten.

Die Aufrüstung dringt tiefer nach innen

Was in Zeiten des NSA-Skandals und den Snowden-Enthüllungen noch als skandalös galt, wird damit in naher Zukunft bittere Normalität. Militärische Aufrüstung samt milliardenschwerer Sondervermögen und endlich Führungsmacht in Europa werden – was wäre all das ohne jene Befugnisse, die für den BND nun vorgesehen sind: Sabotageangriffe und Cyberattacken gegen „feindliche Streitkräfte“ und gezielte digitale Eingriffe, um „Bedrohungen“ frühzeitig auszuschalten zu können, sollen möglich werden. Der BND soll in die Lage versetzt werden durch Hackingangriffe in ausländische und militärische Netzwerke und Systeme einzudringen. Dazu zählt auch

der Einsatz von Spionagesoftware, welche selbst durch das heimliche Eindringen in Wohnungen bei „Verdachtsfällen“ legal installiert werden können, sowie eine massive Ausweitung der Internet- und Kommunikationsüberwachung. Ähnlich wie bei dem neuem Berliner Polizeigesetz soll auch der BND immer breiter zur künstlichen Intelligenz greifen können, um Gesichtsanalysen und Bewegungsmuster analysieren zu können. Passend zum gesteckten Ziel, den BND mit anderen Geheimdiensten auf Augenhöhe zu bringen, soll die Zusammenarbeit mit jenen wie Mossad, NSA und CIA ausgebaut werden: durch Datenaustausch und gemeinsamer Beteiligung an Cyperoperationen. Recht perfide deckt sich der Bundesnachrichtendienst also fast schon in seinem verniedlichten Namen für das, wie seine Tätigkeiten der letzten Jahrzehnte eigentlich ausgesehen haben und welche gefährliche Stufe er alsbald erreichen wird – auch wenn er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht mit den US-amerikanischen Auslandsgeheimdiensten wie der CIA und NSA vergleichbar ist, der Weg dahin jedoch immer weiter freigeschaufelt wird. Das neue Gesetz ist Ausdruck eines Staates, der in Zeiten sich zuspitzender internationaler Konkurrenz die Tiefe seiner Angriffsfähigkeit auch im digitalen Raum massiv ausweiten will und jene zur Kriegsführung zu nutzen. Denn für den deutschen Imperialismus gilt es auch in dieser Hinsicht endlich eigenständig zu werden und nicht mehr den Platz als Handlager für andere Mächte wie der USA einzunehmen. Die Gewalt wird damit im Vergleich zu den bisherigen Befugnissen des BNDs eine qualitativ neue Stufe erreichen – und die Bevölkerung hierzulande immer mehr zur Zielscheibe. ★

Fünf Landtagswahlen stehen in diesem Jahr an.

Baden-Württemberg am 8. März, Rheinland-Pfalz am 22. März, Sachsen-Anhalt am 6. September, Berlin am 20. September und Mecklenburg-Vorpommern am 20. September. Der permanente Wahlkampf aller bürgerlichen Parteien ist schon jetzt spürbar. Die Gefahr einer weiteren Entwicklung nach rechts ist groß.

Nach den aktuellen Umfragen liegt die AfD zwischen 17 und 39%. In Sachsen-Anhalt und auch in Mecklenburg-Vorpommern besteht die Gefahr, dass eine Regierungsbildung nur noch mit der AfD möglich wird und sie so unmittelbar an die Macht kommt.

Eine wesentliche Ursache für den weiteren Aufstieg der AfD ist der Kapitalismus selbst und die damit verbundene zunehmend reaktionäre Politik der bürgerlichen Parteien wie CDU/CSU, SPD und FDP. Die Krisenerscheinungen und Massenentlassungen in der Autoindustrie sowie im Maschinenbau und bei Zulieferern, dazu fehlende Ausbildungsplätze für die Jugend nutzt die herrschende Klasse zu einer Kampagne der Spaltung und Hetze, ebenso wie zu massiven Angriffen auf Sozialleistungen, Tariflöhne, Arbeitsstandards. Fast täglich wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben: Längere Arbeitszeiten, Lohnsenkungen, Kürzungen bei Rente und Sozialleistungen, Kürzungen bei Kultur und Bildung, Ver-

schlechterung der Gesundheitsversorgung – die Liste könnte beliebig lange fortgesetzt werden.

Für die dadurch wachsende Unzufriedenheit und Zukunftsängste präsentiert man „Schuldige“: Mal sind die Migranten Schuld, mal ist die Jugend faul, dann wieder die Kranken oder die Alten mit ihrer „üppigen“ Rente. Die Liste der Spaltungslinien und Hassobjekte, die die herrschende Klasse kreiert kann ebenfalls beliebig verlängert werden.

Selbstverständlich führt auch der Kurs der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dazu, dass überall radikal gekürzt werden muss – außer beim Militär. Um das Land „kriegstüchtig“ zu machen, braucht man blinden Nationalismus, Hass und natürlich Schuldige für den damit verbundenen Sozialabbau.

Wenn also die bürgerlichen Parteien zunehmend nach rechts rücken, um die Interessen des Kapitals gegen die Bevölkerung durchzudrücken, stärkt sich dadurch zugleich eine „Alternative für Deutschland“, die einerseits die Unzufriedenheit gegen „die da oben“ kanalisiert und zugleich – wie auch die bürgerlichen Parteien – für ein „starkes Deutschland“ und Aufrüstung eintritt. Die AfD gibt sich laut als „Vertreter der Kleinen gegen die Großen“, obwohl sie ein arbeiterfeindliches Programm hat. Da die Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik groß ist, wirkt das. Da die bürgerli-

chen Parteien das Thema der Migration mit Forderungen nach einer harten Abschiebepolitik übernehmen, bestätigen sie die Thesen der AfD und normalisieren sie damit. Forscher Rüdiger Maas vom Augsburger Institut für Generationenforschung sagte schon 2024, SPD, CDU/CSU und FDP hätten „AfD-Themen stark aufgegriffen und einen Nährboden für die Partei geschaffen“.

Für den Fall, dass die bürgerlichen Parteien dabei immer mehr Stimmen verlieren, hat das Kapital so auch eine „Alternative“ bereit, die ihm nicht weh tut und sogar nützt. Die AfD ist also keine diesem System „fremde“ Partei, sondern integraler Bestandteil und Reserve für Zeiten, in denen das Kapital hart und brutal agieren will und muss. So ist die AfD in Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz bei den Umfragen drittstärkste Partei. Im Industrieland Baden-Württemberg steht die AfD bei ca. 20% und die SPD sackt nach den Umfragen auf 8% ab. Auch die CDU kann in vielen Bundesländern nur noch mit Dreier-Koalitionen regieren, weil sie Stimmen verliert.

Positiv ist zu bemerken, dass die Linke in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erstmals die Möglichkeit hat, die 5%-Hürde zu überspringen und in die Landesparlamente zu kommen. Da inzwischen viele junge Menschen eine Alternative zum Kapitalismus, zu Krieg und Aufrüstung suchen, drückt sich das auch in einem Anstieg der Wählerstimmen für die Linke aus. Damit sind sie zwar

bei der Linken nicht im sicheren Hafen, denn diese hat 2025 die Aufhebung der Schuldenbremse für Aufrüstung ermöglicht, in dem sie in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern eine Zustimmung im Bundesrat mitgetragen hat. Aber es zeigt sich darin eine erfreuliche Änderung der politischen Stimmung in der Jugend. Wegen der schwankenden, opportunistischen Haltung der Linken kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Stimme überall so genutzt werden, wie die Wähler es sich vorgestellt haben. Es ist sinnvoll im Einzelfall im jeweiligen Bundesland zu prüfen, ob und wem man seine Stimme geben kann. ★

„Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch.“

–Friedrich Engels

BUNDESARBEITSMINISTERIN BÄRBEL BAS VERSPRICHT:

ALLES WIRD EINFACHER & BESSER

Mit tollen Versprechungen hat Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) die geplante „Reform des Sozialstaats“ als langfristiges Projekt ohne Leistungskürzung bezeichnet, als sie am 27. Januar 2026 den Bericht der Kommission zur Sozialstaatsreform den Medien vorstellte. Im ARD-Morgenmagazin meinte sie, es gehe darum, den Sozialstaat „einfacher, digitaler und transparenter“ zu machen. „Das Schutzniveau bleibt erhalten“, so Bas. Deutschland ein Schlaraffenland?

Alter Wein in neuen Schläuchen

Nun sind solche Versprechungen nicht neu. Eine Fachkommission bereitete die Einführung von Hartz IV vor. Im Rahmen der Agenda 2010 wollte der SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder die Sozialsysteme „reformieren“ und mehr „Anreize zum Arbeiten“ schaffen. In der Realität ist ein großer Niedriglohnsektor entstanden. Zugleich stieg der Druck auf Arbeitslose, auch die mieseste Arbeit mit den miesesten Bedingungen und dem niedrigsten Lohn anzunehmen. Statt Vereinfachung gab es mehr Formulare, mehr Kontrolle, mehr Druck.

Wenn man sich den Bericht der Kommission zur Sozialstaatsreform genau anschaut, dann wird schnell klar, dass auch dieses Mal die Realität anders aussehen wird. „Ein neues einheitliches Sozialleistungssystem“ (S.14) klingt zwar gut, aber der Teufel steckt im Detail.

Schöne Worte für Sozialabbau

Die „anzuerkennenden Wohnbedarfe“ sollen „vereinheitlicht“ werden, „ohne Leistungsausgaben zu erhöhen und die Dynamik der Mietkostensteigerung zu verstärken.“ (S.15) Da Mieten stark steigen, gelingt der Bundesregierung hier die berühmte Quadratur des Kreises, also keine Erhöhung des Wohngeldes bei steigenden Mieten. Das bedeutet eine Kürzung oder Zwang zum Umzug, weil die Miete nicht mehr ausreichend gefördert wird.

Beim „Wechsel zwischen verschiedenen Leistungsformen... sollte zur Stärkung der Autonomie der Leistungsbeziehenden ein Wahlrecht zugunsten der einfacheren Leistungsform geprüft werden.“ (S.15) Wer aufgrund der Hürden und Schikanen auf höhere Leistungen verzichtet, darf gern „einfachere Leistungsformen“ wählen, also weniger Unterstützung bekommen. „Stärkung der

Autonomie“ hört sich toll an. Wer kann schon dagegen sein? Aber faktisch bedeutet das Verzicht auf Leistungen, die einem zustehen. Es soll nur noch „zwei Behördenstränge (gemeinsame Einrichtung/ zugelassene kommunale Träger für Erwerbsfähige; Kommunen für nicht erwerbsfähige Personen)“ (S.16) geben. Auch das hört sich gut an, wird aber die lückenlose Kontrolle der Menschen erleichtern. Denn damit sollen auch Datenschutzrechte eingeschränkt, verschiedene Datenbanken verknüpft und die Zugriffsmöglichkeiten für die staatlichen Stellen erweitert werden.

Im Kapitel II „Verbesserung von Erwerbsanreizen“ heißt es dann, dass „klare Anreize bestehen müssen, insbesondere sozialversicherungspflichtig in Vollzeit oder vollzeitnah beschäftigt zu sein. Auch eine aktive und effektive Arbeitsvermittlung“ (S.20) gehört dazu. Auch hier wird es mehr Druck geben, mehr zu arbeiten. Damit das nicht nur moralisch oder per Bürokratie geht, heißt es: „Sehr geringe Einkommen sollen künftig stärker auf die Transferleistungen angerechnet werden, höhere Einkommen weniger stark.“ (S.20) Auf Deutsch übersetzt, bedeutet das, wer weniger verdient, bekommt weniger Sozialleistungen! Beschönigend nennt man das „Anpassung der Transferentzugsraten“. (S.20)

Dann wird mitgeteilt, der Grundabsetzbetrag für Werbungskosten soll von 100 auf 50 Euro gekürzt werden. Das sei „hinreichend“. (S.20) Für jemanden, die oder der am untersten Einkommensrand seine Existenz fristet, sind 50 Euro sehr viel. Die Aussage von Bas, „das Schutzniveau bleibt erhalten“, erweist sich auch im Detail als Propaganda.

Und damit klar wird, dass es nicht um eine Verbesserung geht, wird auf S.21 erklärt: „Außerdem ist darauf zu achten, dass es - auch im Zusammenhang mit anderen leistungsrechtlichen Änderungen - nicht zu einer deutlichen Ausweitung der Zahl der Leistungsbeziehenden kommt.“

Auch soll der „Zugang von EU-Ausländern zu Sozialleistungen in Deutschland künftig an eine umfassendere Beschäftigung“ geknüpft werden. (S.22) Sie sollen schlechter gestellt werden und weniger Hilfe erhalten.

Weiter: „Die Kommission empfiehlt, Leistungen auch in der Existenzsicherung stärker zu pauschalisieren.“ (S.25) So sollen Hilfeempfänger ihr Warmwasser nicht mehr nach dem tatsächlichen Verbrauch bezahlt bekommen, sondern nach einer Pauschale.

Es sollen „nicht mehr die tatsächlichen Heizkosten anerkannt (werden), sondern pauschalierte Werte“ (S.26). Wer also in einer schlecht isolierten Wohnung wohnt, aber keine bessere bekommt oder sich leisten kann, bekommt eine Pauschale und muss dann frieren. Und: „Der Mehrbedarf im SGB XII bei gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung wird pauschaliert.“ (S.26) Hinter formalen Äußerungen verstecken sich immer wieder Kürzungen.

Ein positiver Punkt besteht darin, dass Kindergeld zukünftig ohne Antrag automatisch gewährt werden soll. (S.28)

Das „Verfahren zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit“ soll künftig an „eine einzige Begutachtung“ (S.29) geknüpft werden. Damit entfallen mögliche Korrekturen bei einer negativen Begutachtung.

Im Abschnitt „Rechtsvereinfachung“ wird empfohlen „Bedarfe für die Vorsorge“ (S.30) abzuschaffen. Hilfeempfänger brauchen nichts auf der hohen Kante. Bei „Empfehlung 17“ wünscht man eine „zeitnahe Begrenzung der Kosten“ für Eingliederungshilfen und Kostensenkungen. (S.31)

In nur für IT-ler verständlicher Sprache wird eine „plattformbasierte Modernisierung der Sozialverwaltung“ gefordert. (S.34) Man will „ein digitales Sozialportal als zentralen Zugang zu den Sozialleistungen... Bürgerinnen und Bürger, die das digitale Angebot nicht eigenständig nutzen können, sollen hierzu Unterstützung vor Ort finden.“ (S.36) Gerade unter den Hilfebedürftigen wird es viele geben, die mit einem digitalen Sozialportal nicht zurechtkommen. Viele werden daher auf notwendige Anträge verzichten. Da spart man. Ob und wie die „Unterstützung“ aussehen wird, steht in den Sternen. Wenn es so aussehen wird wie auf einigen Ämtern schon heute, dann werden noch mehr kapitulieren und auf ihre Rechte verzichten.

Weniger Datenschutz, mehr Überwachung

Für das „digitale Sozialportal“ soll das Grundgesetz Artikel 91c geändert werden (S.38). Darin ist bereits jetzt die digitale Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen geregelt. Nun sollen die Türen für Datenaustausch weiter geöffnet werden – in Richtung mehr Überwachung und Erfassung persönlicher Daten durch den Staat. Ein „EUDI-Wallet“ soll verbindlich werden (S.39). Dort sollen alle Dokumente wie Personalausweis, Versicherungsausweis, Führerschein zentral gespeichert werden und abrufbar sein. Dazu kommt eine lebenslange IDNr. Um das zu ermöglichen, soll das „Identifikationsnummerngesetzes (IDNrG)“ erweitert werden (S.40). Weiter wird empfohlen, den „Sozialdatenschutz zu vereinfachen und digitaltauglich zu gestalten.“ (S.40) „Die Kommission

empfiehlt, eine Zustimmungsvermutung zu automatisierten Nachweisabrufen zwischen Behörden“ (S.41) Das heißt, die betreffenden Menschen werden gar nicht mehr gefragt, ob sie einem Datenaustausch zwischen Behörden zustimmen. Wenn sie nicht von sich aus aktiv werden, gilt die „Zustimmungsvermutung“. Empfohlen wird, den Einsatz von „Künstlicher Intelligenz verstärkt zu automatisieren“ (S.42). So kann die Überwachung ausgebaut und perfektioniert werden. Dazu sollen die Gesetze geändert werden.

Vergleichen wir die einzelnen Maßnahmen mit den Versprechungen von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), den Sozialstaat „einfacher, digitaler und transparenter“ zu machen und „das Schutzniveau“ zu erhalten, dann wird deutlich: Das Gegenteil ist der Fall! Mit der Zentralisierung wird die Überwachung verstärkt, persönliche Schutzrechte beseitigt und gleichzeitig Leistungen gekürzt. Zwar sind es erst zaghafte Kürzungen. Doch die vorgeschlagenen Änderungen ermöglichen, in Zukunft noch besser und effektiver an der Kürzungsschraube zu drehen. Was so unschuldig als „Verbesserung“ und „Vereinfachung“ präsentiert wird, soll die Menschen für dumm verkaufen.

Gegen Sozialabbau mobilisieren!

Es wird wichtig, dagegen zu mobilisieren. Die Gewerkschaft Verdi findet diese Vorschläge positiv: „Der Bericht ist grundsätzlich ein Bekenntnis zum Sozialstaat“ (Stellungnahme von Verdi am 16.2.26)

Verdi-Vorsitzender Frank Wernecke: „Dass jetzt endlich Daten laufen sollen und nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger ist eine gute Nachricht. Es muss bei allem Reformeifer aber sichergestellt sein, dass das Leistungsniveau für die Betroffenen nicht sinkt.“ Er und seine Fachleute haben sicher den Text gelesen und die Kürzungsvorschläge bestimmt nicht übersehen. Aber in typischer „konstruktiver Mitarbeit“ und „Sozialpartnerschaft“ beschönigt er die Vorschläge. Es ist daher dringend notwendig, in den Gewerkschaften diese Angriffe auf Sozialleistungen zum Thema zu machen, zu entlarven und Widerstand zu organisieren. ★

Zwar sind es erst zaghafte Kürzungen. Doch die vorgeschlagenen Änderungen ermöglichen, in Zukunft noch besser und effektiver an der Kürzungsschraube zu drehen. Was so unschuldig als „Verbesserung“ und „Vereinfachung“ präsentiert wird, soll die Menschen für dumm verkaufen.



Wir veröffentlichen hier einige Leseproben von Artikeln zu den Hintergründen der aktuellen internationalen Lage, die auf der Theorieplattform theorieundpraxis.org veröffentlicht worden sind.

Die Rolle der syrischen Kurden im politischen „Prozess“ und der regionalen Neuordnung

Für die Erdoğan-Regierung war die Entstehung einer kurdischen Selbstverwaltung in Rojava eines der am wenigsten vorhergesehenen Ergebnisse der Intervention in Syrien ab 2011. Diese Entwicklung erschwerte die regionalen Expansionspläne Ankaras und erhöhte das Risiko, dass die kurdische Bewegung im Inneren der Türkei gestärkt würde. Um dem zu begegnen, leitete die Regierung 2013 den sogenannten „Lösungsprozess“ ein, mit dem Ziel, die Kurden für die eigenen Ambitionen zu gewinnen und sie für das Projekt eines Präsidialsystems zu mobilisieren. Parallel dazu unterstützte Ankara jedoch dschihadistische Gruppen wie die al-Nusra-Front und den IS, um die kurdische Selbstverwaltung militärisch zu zerschlagen. Dieser Versuch scheiterte insbesondere während der Belagerung von Kobanê am entschlossenen Widerstand der kurdischen Kräfte und der Unterstützung durch die USA.

Syrische Kurden: Siedlungsgebiete, historische und politische Hintergründe

Syrisch-Kurdistan umfasst die nördlichen Regionen Syriens, insbesondere die Gebiete Cizîre, Kobanê und Afrin. Die Region wird auch als Rojava bezeichnet, wobei Schätzungen von rund drei Millionen

Kurden ausgehen, was etwa 10–12 Prozent der Gesamtbevölkerung Syriens entspricht. Historisch waren die syrischen Kurden massiver Repression ausgesetzt. So wurden 1963 rund 120.000 Kurden zu „Ausländern“ erklärt und ihrer Bürgerrechte beraubt. Mit dem Übergang von Abdullah Öcalan nach Syrien im Jahr 1979 konnte sich die PKK jedoch tief in der kurdischen Gesellschaft organisieren. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entwickelte die PKK das Konzept der „Demokratischen Moderne“ bzw. des „Demokratischen Konföderalismus“, auf dessen Grundlage 2003 die PYD gegründet wurde.

Weitere Kapitel

Von der Syrien-Intervention zur Strategie des Kampfes gegen den IS

Von Astana bis zum Sturz des Regimes

Das Rojava-Dilemma im „Prozess“

Statt einer Lösung: Ein „Prozess“ – Zwischen Kalkülen, Erwartungen und Unsicherheiten

Von Chavez zu Maduro: Aufstieg und Niedergang des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Nach der Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro wurden die Details der Operation diskutiert, ob es Akteure innerhalb des Regimes gab, die mit den USA zusammenarbeiteten, und welche Bedeutung der Fall im Kontext des Völkerrechts sowie der Rivalität zwischen den USA und China hat. Diese Debatten wurden geführt und werden weitergeführt werden. Ein weiterer, ebenso wichtiger Aspekt ist jedoch die Frage, wie das politische und wirtschaftliche Projekt, das mit Hugo Chávez begann und als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet wurde, an diesen Punkt gelangen konnte. Was war dieser „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch unter Maduro und dem erneuten Versuch der USA, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Venezuela durchzusetzen, offenbar endgültig gescheitert ist – und warum ist er gescheitert?

Zunächst ist festzuhalten, dass die venezolanische Wirtschaft in hohem Maße von Öleinnahmen abhängig ist. Diese Abhängigkeit stellte historisch stets ein Hindernis für die Industrialisierung dar. Es entstand eine Wirtschaftsstruktur, in der Öl exportiert wurde, während fast alle anderen Güter importiert werden mussten. Dies führte zugleich zum Zerfall der Landwirtschaft, sodass das Land selbst bei grundlegenden Lebensmitteln vollständig auf Importe angewiesen wurde. Die Phase des Wohlstands, die mit steigenden Ölpreisen in den 1970er Jahren einherging, endete zu Beginn der 1980er Jahre. In den 1980er Jahren geriet die Wirtschaft in eine lange Phase der Stagnation und Instabilität. [...]

Zusammengefasst zeigt das venezolanische Beispiel sehr deutlich die Verwundbarkeit eines Wirtschaftsmodells, das vollständig an Öleinnahmen gekoppelt ist, in dem sich nicht-ölbasierte Sektoren kaum entwickeln und der Staat keine eigenständige Investitions- und Produktionsstrategie aufbaut. Zugleich verweist diese Erfahrung auf ein strukturelles Problem Lateinamerikas: Die seit den 1980er Jahren voranschreitende frühe Deindustrialisierung und die zunehmende Abhängigkeit von Agrar-, Metall- und Energieexporten schränken den Spielraum für eigenständige Wirtschaftspolitik stark ein. In Ökonomien, die stark von Rohstoffpreisschwankungen abhängig sind, über eine schwache inländische Kapitalbildung verfügen und im Schatten der USA stehen, sind Umverteilungsprojekte ohne eine tiefgreifende Transformation der Produktionsstruktur zum Scheitern verurteilt, sobald die Einnahmequellen versiegen. Die entscheidende Frage betrifft daher weniger die Absicht des bolivarianischen Projekts als vielmehr die Gründe, warum keine tragfähige Produktionsbasis aufgebaut werden konnte, warum das Projekt von innen heraus erodierte und welche institutionell-ökonomische Architektur unter Bedingungen externer Intervention überhaupt überlebensfähig ist.

Am Ende stellt sich die zentrale Frage: Kann ein auf Gleichheit zielendes Entwicklungsprojekt dauerhaft bestehen, wenn die Produktionsstruktur unangetastet bleibt, Klassenverhältnisse ignoriert werden und keine institutionelle Ordnung existiert, die äußere Interventionen mitdenkt?

Einige Anmerkungen zum „neuen Prozess“ in der Kurdenfrage und zu Öcalans „Manifest“

Devlet Bahçelis Aufruf zur Auflösung der PKK, verbunden mit der Betonung der „inneren Einheit“ und des „tausendjährigen Geistes der Brüderlichkeit“, sowie die positive Reaktion Abdullah Öcalans auf diesen Appell, die anschließenden Gespräche zwischen der DEM-Partei und der Erdoğan-Bahçeli-Führung und die Erklärungen von Öcalan und der PKK haben die Erwartungen an einen „neuen Prozess“ im Zusammenhang mit der kurdischen nationalen Frage deutlich verstärkt. Die Einsetzung der „Kommission für Nationale Solidarität, Brüderlichkeit und Demokratie“ wurde dabei als konkreter Beleg für diese neue Phase gewertet.

Öcalan bezeichnete Bahçelis Einladung an die DEM-Partei-Delegation [1] als einen Aufruf, der „an einem historischen Wendepunkt“ erfolgt sei und „sowohl kohärente als auch demokratische Lösungsinhalte“ trage. Er antwortete darauf mit seinem „Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“. Darin forderte er die PKK auf, einen Kongress einzuberufen, die Waffen niederzulegen und sich selbst aufzulösen. Die bisherige Politik, die – unter dem Einfluss „extrem nationalistischer Abweichungen“ und des „realen Sozialismus“ – auf

einen separaten Nationalstaat, Föderalismus, administrative Autonomie oder kulturalistische Lösungen gesetzt habe, sei heute keine Antwort mehr auf die „historische Gesellschaftssoziologie“. [...]

Weitere Kapitel

Hintergrund der Erklärungen zum „neuen Prozess“
Welche Politik beinhaltet Öcalans „neue Perspektive“?
Das „Manifest“ von Öcalan stellt keinen Bruch mit dem Kapitalismus dar
Öcalan verteidigt einen unsicheren philosophischen Dualismus
Marx unterschätzen oder nicht verstehen?
Eine frauenzentristische Geschichtsauffassung, die Klassenausbeutung verschleiert
Haltlose Ablehnung des Klassenkampfes
Proudhonistische Ansichten zur Staatsfrage

Ursachen und Dynamiken der aktuellen Massenbewegungen im Iran

Die zum Jahreswechsel 2025-26 ausgebrochenen Massenproteste scheinen seit ein paar Tagen abgeflacht zu sein. Doch bedeutet das keineswegs, dass die Unruhen einen zufälligen Ausreißer in der jüngeren iranischen Geschichte bilden. Was sich seit Ende Dezember auf den Straßen der Islamischen Republik abspielt, ist jetzt schon in ein historisches Resultat umgeschlagen. Nicht zuletzt die Brüche innerhalb der herrschenden Klasse des Landes entzogen dieser als Ganzes immer mehr den Boden. Neben dem Wachstum ökonomischer und politischer Widersprüche im Inneren des Landes, nehmen auch die Widersprüche auf globaler Bühne zu, deren Folgen direkt auf den Iran zurückwirken. Die Situation im Iran spiegelt deshalb auch die zunehmende Konfrontation der imperialistischen Mächte und ihrer regionalen Interessen wider. Die Zukunft mag ungewiss sein; doch die Tendenz einer kurz- oder mittelfristig bevorstehenden sozialen Implosion erhärtet sich.

Die bisherigen Entwicklungen

Zum Jahreswechsel überschlugen sich die Ereignisse. Ende Dezember sank der Rial auf ein Rekordtief. Nur einen Tag nach der drastischen Währungsabwertung trat Zentralbankchef Mohammed Resa Farsin zurück. Es braucht derzeit knapp 1.1 Millionen Rial, um einen einzigen US-Dollar zu erhalten. Wenige Stunden nach der Ankündigung des Rial-Absturzes begannen die Händler und Ladenbesitzer im Umfeld des Teheraner Basars zu protestieren. Innerhalb weniger Tage weiteten sich diese Proteste auf verschiedene Städte aus. Händler und Kaufleute protestierten Seite an Seite mit Studierenden und Angehörigen unterschiedlicher Klassen und Schichten, wütend über die derzeitige Wirtschaftskrise. Nur kurze Zeit später gab es Aufstände in allen 31 Provinzen. Mehrere Millionen Menschen haben sich bisher an den Protesten beteiligt. Der angestaute Unmut in der iranischen

Bevölkerung ist dabei nicht überraschend. Die Inflation im Land ist im Herbst auf knapp 50 Prozent gestiegen und lag am Jahresende bei 42.5 Prozent. Die Teuerung lag bei Lebensmitteln bei bis zu 70 Prozent. Große Teile der Bevölkerung hungern. Der von der Regierung am 26. Dezember vorgelegte Haushaltsentwurf ist dabei ein zusätzlicher Versuch, die in der Krise befindliche Wirtschaft auf dem Rücken der Werktätigen wieder auf die Beine zu bringen.

Was mit begrenzter Sicht auf den Teheraner Basar als scheinbar rein ökonomischer Protest gegen den Anstieg der Inflation und der Abwertung der Währung begann, schlug in eine politische Revolte um. Auf den Demonstrationen wurden Rufe wie „Nieder mit dem Regime“ und „Tod Chameneis“ skandiert. Der Staat setzte brutale Gewalt gegen die Aufstände ein. Amnesty International geht von deutlich mehr Todesopfern aus, als es die offiziellen Zahlen suggerieren. Dass am 8. Januar die Internetkommunikation abgeschaltet wurde, weist auf eine neue Qualität der staatlichen Repression hin.

Weitere Kapitel

Die herrschende Klasse im Iran
Verschiebung der Macht innerhalb der herrschenden Klasse
Die unsichtbare Arbeiterklasse Irans
Neuordnung im Nahen und Mittleren Osten
Das Schicksal der Arbeiterklasse und Völker Irans zwischen Mullah-Regime und imperialistischem Joch

Hier gehts zur Website:



Wie Nationalismus und Rassismus im Betrieb zurückdrängen?

Am 3. Februar kamen in Hamburg über 50 Teilnehmer aus zahlreichen Betrieben und Gewerkschaften zusammen, um sich über diese Frage auszutauschen.

Die Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF) Hamburg hatte zu der Diskussion eingeladen und Düzgün Altun, geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied der DIDE, umriss zunächst die aktuelle gesellschaftliche Lage: Wir seien Zeugen von großen Umbrüchen, national wie international, die schwer nachzuvollziehen seien und die Unsicherheit schüren, was viele Kollegen empfänglicher für Spaltung mache. Die Herrschenden würden die Spaltung brauchen, um die aktuellen Angriffe zu rechtfertigen und Erzählungen verbreiten, die die Menschen gegeneinander ausspielen. Es sei diese gesellschaftliche Lage, auf der die AfD ihren Nährboden fände – auch in der Arbeiterklasse, in der bei den letzten Wahlen bis zu 30 % die AfD wählten. Malte Klingforth, Betriebsrat im Gesamthafenbetrieb und im ver.di-Fachvorstand Maritime Wirtschaft, antwortete auf die Frage, vor welchen konkreten Angriffen auf Arbeitsrechte wir aktuell stehen: Vor allen! Von der Aufweichung der Arbeitszeitregelungen bis hin zu Angriffen auf die Rente sei alles dabei. Dies sei der Boden, auf dem Rassismus wachse: Natürlich gebe es ein Problem mit den Sozialsystemen, doch das sei nicht die Migration, sondern eine Verteilungsfrage zwischen oben und unten.

Rechte Betriebsratslisten sind Ausdruck der Unzufriedenheit

Kevin Westphal, Mitglied der IG Metall und Vertrauensmann bei STILL Hamburg, griff zurück auf die jüngste Geschichte rechter Organisierung im Betrieb und zeigte anhand von „Zentrum“ auf, wie verschiedenste rechtsextreme Kräfte von AfD über Compact und der Identitären Bewegung durch diese Organisation versuchen, Einfluss in den Betrieben zu gewinnen. Dies sei auch explizites Ziel, wie es zum Beispiel Björn Höcke formuliert: „Ohne die Betriebe brechen wir nicht durch“. Er zeigte auf, wie Scheingewerkschaften wie „Zentrum“ heute an Konzepte anknüpfen, die schon die „Deutsche Arbeitsfront“ im Hitlerfaschismus vertrat: Die „Betriebsgemeinschaft“,

angelehnt an die „Volksgemeinschaft“, unterstellt ein gemeinsames Interesse der deutschen Belegschaft mit den deutschen Unternehmern – im Gegensatz dazu, die Interessen der Belegschaft, egal welche Herkunft, gegen die Angriffe der Konzerne zu verteidigen. Zwar sei das „Zentrum“ insgesamt noch überschaubar und stelle von 210.000 Betriebsratsmandaten bundesweit aktuell nur 15, aber das Wachstum sei durchaus sichtbar und hätte direkte negative Auswirkungen auf den Betrieb. Der Kampf und die Konkurrenz untereinander würden angesichts des gesellschaftlichen Klimas ohnehin zunehmen und die Angst vor rechten Listen bei den Betriebsratswahlen sei hoch.

Gleichzeitig müsse man sich auch ehrlich machen und aufzeigen, dass die Kritik an den Gewerkschaften und die Unzufriedenheit, auf der die rechten, aber auch weitere alternative Listen zunehmen, auch einen realen Boden hat: So würde der Widerstand gegen den rasanten Arbeitsplatzabbau von Seite der Gewerkschaften ausbleiben, was man am Beispiel von VW sehen könne: Trotz angeblicher Arbeitsplatzgarantie werden 35.000 Stellen abgebaut, doch der Streik bleibt aus und der Betriebsrat wird viel eher in die Arbeitsplatzvernichtung eingebunden. Diese Politik führe auch zu der Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften, auf der Listen wie „Zentrum“ aufbauen. Zwar würden diese keineswegs die Interessen der Kollegen vertreten, sondern die Mitbestimmung und den Kampf mit Mitteln wie Klagen viel eher einschränken und bremsen. Trotzdem würden sie aktuell von der Unzufriedenheit profitieren. Düzgün Altun betonte, dass es nicht nur die AfD, sondern auch andere nationalistische Kräfte seien, die dabei eine Rolle spielen: So kämen immer mehr Listen zu den Betriebsratswahlen auf, die beispielsweise die türkeistämmige Belegschaft vertreten wollen und sich nach Nationalität zusammensetzen, was ebenfalls die Spaltung vertiefen würde.

Standortdenken bringt nicht voran

Angesprochen auf die Frage, welche Rolle die Standortlogik im Arbeitskampf einnehmen würde und inwiefern sie die Spaltung vertiefen würde, stellte Malte Klingforth klar: Die Lage im Hamburger Hafen zeigt deutlich, dass das Konkurrenz- und Standortdenken, das von Konzernen geschürt wird, keine Perspektive für die Belegschaft bietet. Seit der Privatisierung der HHLA und den Aufkauf durch MSC würden immer mehr Schiffe nach Bremen umgeleitet werden, weil das Arbeitstempo im Hafen aus verschiedenen Gründen niedriger sei. Man könne jetzt in Konkurrenzdenken zu den Kollegen in Bremen verfallen – doch im Hafen zeigt sich direkt, wie kontraproduktiv das sei, denn wenn alle Ladung in Hamburg sei, wo solle weitere Ladung dann herkommen? Am Hafen würde sich zeigen, dass eine sinnvolle Planung und Verteilung der Arbeitslast auf die Häfen nötig seien, anstatt dass alle Häfen privat wirtschaften und in Konkurrenz zueinander stehen. Als Gewerkschafter müsse man sich entscheiden, ob man diesen Zirkus des Konkurrenzdenkens mitmache oder eine andere Haltung an den Tag lege, denn es sei auch die Standortkonkurrenz, die zu Nationalismus und Spaltung in der Belegschaft führe. Kevin Westphal ergänzte ein Beispiel: So hätten die Kollegen von STILL Solidarität mit Kollegen eines „Konkurrenten“, des Jungheinrich-Standortes in Lüneburg zum Ausdruck gebracht, die aktuell im unbefristeten Streik gegen die Schließung seien.

Unternehmen profitieren von der Spaltung

Nonni Morisse, Gewerkschaftssekretär im Bremerhaven, erzählte in seinem Beitrag von den Erfahrungen von der Arbeit in verschiedenen Branchen und Unternehmen: Schon immer hätten die Unternehmensleitungen von Spaltung in der Belegschaft profitiert. Beispielsweise dort, wo ausländische Angestellte von Subunternehmern genutzt werden, die billiger und abhängi-



ger sind, weil ihr Aufenthalt an den Job geknüpft ist. Er erzählte von Erfahrungen, wo die Stammbetriebschaft selbst in Feindschaft gegen die Kollegen der Subunternehmen verfielen und diese Trennung durch Unternehmen auch durch unterschiedliche Pausenzeiten und weitere Maßnahmen befördert wurde. Auch die Gewerkschaft priorisierte lange Zeit die Stammbetriebschaft, bis die Kollegen irgendwann mitbekamen, dass beim Subunternehmen ebenfalls ein Arbeitskampf stattfand. Allein das Gespräch und der gemeinsame

Austausch über diese Kämpfe führten zu einer Solidarität und Verbundenheit unter den Kollegen – doch nach wie vor wird in vielen Unternehmen die Spaltung als Waffe erfolgreich eingesetzt. Besonders bei Amazon, wo er selbst eine lange Zeit am Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen beteiligt war, merkte man: Erst beim Streik vor dem Tor konnte man das erste Mal richtig reden, weil die Arbeitshetze und Spaltung innerhalb der Betriebschaft im Alltag zur Vereinzelung beitrugen.

Für Einheit braucht es Kampf

In der Diskussion mit zahlreichen Betriebsaktiven wurden die Beiträge der Podiumsgäste bestätigt und ergänzt. So griff ein Kollege auf die Geschichte zurück: Der Ford-Streik 1973 habe gezeigt, wie weit die Solidarität zwischen deutschen und türkischen Arbeitern gebracht habe – aus dieser kämpferischen Politik sollten wir heute lernen. Zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Branchen unterstrichen anhand von Beispielen, wie Spaltungslinien in der Belegschaft durch gemeinsame Forderungsfindung und Kampf überwunden werden konnten. Dies sei aber nur möglich, wenn wir als Gewerkschafter auch den Kampf aufnehmen und den Angriffen etwas entgegensetzen, anstatt auf Konkurrenz, Standortdenken und Spaltung hereinzufallen. Die Betriebsratswahlen seien eine wichtige Gelegenheit, betonte Kevin Westphal: Die Betriebsräte, die wir wählen, müssten die Interessen der Betriebschaften mit den Kollegen umsetzen und nicht für sie – es brauche einen gemeinsamen Kampf statt Stellvertreterdenken und Hinterzimmerpolitik. Nonni Morisse betonte, dass kaum ein Kollege wirklich davon überzeugt sei, dass die Rechten eine Verbesserung bringen würden – sie hätten keine Vision oder Perspektive für die Zukunft zu bieten. Diese könnten nur wir durch den gemeinsamen Kampf anbieten, der tatsächliche Verbesserung bringen könnte. Der Abend endete mit einem Aufruf, sich in Zukunft weiter zu vernetzen und diese Fragen weiter zu diskutieren, was auf viel Zustimmung stieß. ★

Sozialpartnerschaft schwächt betriebliche Durchsetzungskraft

Die Sozialpartnerschaft bildet bereits seit Jahrzehnten einen Kerninhalt der Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften.

Sie geht von einem dauerhaft vermittelbaren Interessensgegensatz zwischen Kapital und Arbeit aus und setzt auf Verhandlungen, Verlässlichkeit und ein gemeinsames Standortinteresse der beiden Tarifparteien. Diese Orientierung prägt nicht nur die Tarifpolitik auf Branchenebene, sondern wirkt sich auch unmittelbar auf die gewerkschaftliche Praxis in den Betrieben aus. Das hat spürbaren Folgen auf die Streik- und Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten. Ziel der Sozialpartnerschaft ist es, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter zu verwalten, anstatt ihn zu führen und weiterzuentwickeln.

Gemeinsames wirtschaftliches Interesse?

In der sozialpartnerschaftlichen Praxis werden tarifpolitische Strategien häufig bereits frühzeitig zwischen Gewerkschaftsführungen und Arbeitgeberverbänden abgesteckt. Öffentliche Aussagen führender Funktionäre verdeutlichen diese Realität. Der

Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, betont regelmäßig die gemeinsame Verantwortung von Gewerkschaften und Unternehmen für Wettbewerbsfähigkeit, Investitionssicherheit und Standortsicherung. Der industrielle Turnaround gelinge, so Vassiliadis, „nur, wenn wir Verantwortung teilen – zwischen Beschäftigten, Sozialpartnern, Politik und Gesellschaft“. Damit suggeriert er ein gemeinsames Interesse von Kapital und Arbeit und rückt die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen in den Mittelpunkt. Tarifpolitik erscheint damit als Instrument der Standortabsicherung, das vor allem „maßvoll“ bleiben müsse, um Betriebe und den Standort Deutschland nicht zu gefährden.

Auch aus der Führung der IG Metall wird immer wieder die Bedeutung eines „sozialpartnerschaftlichen Schulterschlusses“ betont, um beispielsweise die Krise in der Metall- und Elektroindustrie abzufedern. Die Vorsitzende Christiane Benner verweist in Tarifaus-

einandersetzungen auf die Notwendigkeit verantwortungsvoller Lösungen und warnt davor, dass Arbeitskämpfe den „sozialen Zusammenhalt“ gefährden könnten. Diese Positionen stehen exemplarisch für eine Gewerkschaftspolitik, die den Konflikt von Beginn an begrenzt und auf Konsens, Standortlogik und gesellschaftliche Stabilität ausgerichtet ist – zulasten ein.

Auf allen Ebenen richten insbesondere die Industriegewerkschaften ihren Fokus stark auf die gesamtwirtschaftliche Lage. In den bezirklichen Geschäftsführerkonferenz und Tarifkommissionsitzung wird die wirtschaftliche Situation der Betriebe wesentlich ausführlicher dargestellt und analysiert als die ökonomischen Lebensrealitäten der Beschäftigten.

Fragen zu steigenden Lebenshaltungskosten und den Reallohnverlusten der vergangenen Jahre spielen in diesen Debatten meist nur eine untergeordnete Rolle, obwohl gerade sie den Kern gewerkschaftlicher Interessen und Aufgaben bilden sollten.

Entmachtung der betrieblichen Ebene

Für die betrieblichen Gewerkschaftsstrukturen bedeutet diese Politik eine klare Machtverschiebung. Denn sie werden, genau wie die aus den Betrieben gewählten Tarifkommissionen, oft erst dann einbezogen, wenn die wesentlichen Eckpunkte bereits feststehen. Abstimmungen unter Mitgliedern zu den Verhandlungsergebnissen finden in Flächentarifverhandlungen in einigen Gewerkschaften so gut wie nie, in anderen nur selten statt. Unter den gewählten Tarifkommissionsmitgliedern finden sich vor allem hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre sowie zahlreiche (oft freigestellte) Betriebsräte. Viele von ihnen haben jedoch im Laufe der Zeit an direktem Kontakt zu den Belegschaften verloren. Dadurch neigt diese Funktionärschicht dazu, den Ausgleich mit der Arbeitgeberseite über die aktive Mobilisierung der Beschäftigten zu stellen und vermeidet es, nach ihren tatsächlichen Interessen zu fragen. Die Hauptamtlichen agieren dabei häufig als Vermittler der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sowie der Bezirksleiter, welche wiederum direkt durch den Gewerkschaftsvorstand eingesetzt werden. In dieser Rolle prägen sie häufig die Ausrichtung der Tarifkommissionen und beeinflussen deren Entscheidungsprozesse. Vertrauensleute und aktive Gewerkschafter im Betrieb übernehmen zunehmend die Aufgabe, zum Beispiel Befragungen durchzuführen, deren Ergebnisse wiederum keine Anwendung finden oder Verhandlungsergebnisse zu erklären und Akzeptanz zu or-



ganisieren. Die Diskussion über Alternativen, potentielle Eskalationsstufen innerhalb der Tarifverhandlungen oder eigenständige Forderungen bleibt in der Regel im Rahmen der persönlichen Initiative und werden in den Tarifkommissionssitzungen oft nicht ernstgenommen. Das heißt statt Durchsetzungsfähigkeit aufzubauen, wird Akzeptanz für sozialpartnerschaftliche Lösungen organisiert.

Streik als Notfallplan

Unter sozialpartnerschaftlichen Bedingungen verliert der Streik seinen Charakter als zentrales Mittel kollektiver Durchsetzungsfähigkeit. Er wird zeitlich begrenzt, organisatorisch stark kontrolliert, politisch entschärft und als „!letztes! Mittel in der Tarifaueinandersetzung“ (also als „ausschließlich für den Notfall bereitstehende Option“) verklärt. Häufig dienen kurze Warnstreiks dazu, den Druck für bereits verhandelte Kompromisse zu erhöhen, nicht dazu, neue Kräfteverhältnisse zu schaffen und die beschlossene Forderung tatsächlich durchzusetzen.

In vielen Betrieben fehlt es daher an realer Streikerfahrung. Belegschaften haben kaum Gelegenheit, kollektive Kampfkraft zu entwickeln, Entscheidungen selbst zu treffen oder Eskalationen bewusst zu führen. Die Streikfähigkeit bleibt formal vorhanden, praktisch wird sie jedoch durch fehlende Erfahrung, fehlendes Selbstbewusstsein, fehlende politische Einsicht, fehlende Organisationsstrukturen in den Betrieben und schwindenden Organisationsgrade eingeschränkt. Gewerkschaften agieren damit zunehmend als Stabilitätsfaktor im kapitalistischen Produktionsprozess. Die Organisation der Widerstandsfähigkeit der Beschäftigten wird hintenangestellt. Die geschwächte Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben ist das zwangsläufige Ergebnis der bewusst verfolgten sozialpartnerschaftlichen Politik. Solange Konflikte vorab begrenzt und Entscheidungen unter Ausschluss der Basis getroffen werden, bleibt die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften als Ganzes eingeschränkt. Auch in politischen Fragen – wie aktuell im Fall der Rente, des Arbeitszeitgesetzes oder der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – wird die Fähigkeit der Arbeiterklasse, ihre Interessen kollektiv und konsequent durchzusetzen, ernsthaft geschwächt.



Die Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit setzt voraus, dass betriebliche Gewerkschaftsstrukturen wieder zu Orten kollektiver Entscheidung und Mobilisierung werden und nicht nur zu Übermittlern vorgefertigter Kompromisse herabgestuft werden. Vertrauensleute spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie müssen die organisierende Kraft im Betrieb werden. Dazu gehört, sich regelmäßig zu treffen, regelmäßig Mitgliederversammlungen durchzuführen, offene Diskussionen über Forderungen und Verhandlungsstände zu ermöglichen, diese weiterzutragen und regelmäßig im Betrieb durch Aktionen und Veröffentlichungen in Erscheinung zu treten. Vertrauensleute sollten nah an den Beschäftigten sein, ihre konkreten Probleme aufnehmen, Kolleginnen und Kollegen aktiv einbeziehen und sicherstellen, dass sie tatsächlich mitentscheiden – über Forderungen, über die Annahme oder Ablehnung von Tarifiergebnissen und über die taktische Vorgehensweise bei tariflichen Auseinandersetzungen.

Durchsetzungsfähigkeit entsteht nicht am Verhandlungstisch, sondern aus einer organisierten, selbstbewussten Belegschaft. Wenn Beschäftigte gemeinsam diskutieren, beschließen und handeln, wächst reale Macht im Betrieb. Nur auf dieser Grundlage können Gewerkschaften und Betriebsräte dem Arbeitgeber wirksam entgegentreten und Auseinandersetzungen führen. ★

LESERBRIEFE & ANTWORTEN

ZWEITER SCHULSTREIK - HAMBURG MACHT ANFANG

Liebe Redaktion,

ich habe euren Artikel zu der Schulstreikbewegung gelesen, komme selbst aus Hamburg und möchte von unseren Erfahrungen im Streik berichten. Aufgrund der Ferien waren wir die Vorreiter des bundesweiten Streiks am 5. März. Als größte Stadt beim letzten Streik haben wir alle erwartungsvoll auf den 20.2. geschaut, nicht nur um in Hamburg mit gutem Beispiel voranzugehen, sondern auch weil sich an Hamburg sehr gut die Relevanz der Bewegung messen lässt: Kann aus den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht eine langatmige Bewegung werden oder bleibt es bei einem Streik? Können wir es schaffen mehr als nur ein Zeichen zu setzen, können wir den Kriegskurs der herrschenden Klasse tatsächlich stören und das Potential, das die Streiks in der Friedensbewegung haben, ausnutzen?

Freitag waren wir in Hamburg dann tatsächlich mit 2700 Schülern auf der Straße und ich finde das zeigt ganz klar: Ja!

Obwohl die bundesweite Mobilisierung uns dieses Mal nicht unterstützen konnte, trotz der Minusgrade und trotz der unausgereiften Organisation innerhalb des Hamburger Streikkomitees haben tausende junge Menschen an diesem Tag gestreikt und mehr als deutlich gemacht: Eure Kriege führen wir nicht!

Parolen wie "die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft!" haben auch nochmal verdeutlicht inwiefern durchaus ein antimilitaristisches Bewusstsein unter der Jugend wächst und auch auf unserer Hamburger Streikkonferenz, bei der wir trotz kurzfristiger Vorbereitung über hundert Schüler ranholen konnten, wurde deutlich, dass viele junge Menschen eine Verbindung zwischen der Wehrpflicht und der allgemeinen Militarisierung ziehen, sehen dass das Geld in der Bildung gekürzt und in die Aufrüstung gesteckt wird und erkennen, dass an diesen Kriegen niemand außer die Reichen profitieren. Das müssen wir aufgreifen und bestärken! Wenn diejenigen, die am direktesten betroffen sind, die Kriege der Herrschenden auszuführen haben, sich dagegenstellen, dann ist das ein entscheidender Punkt für die Friedensbewegung. Diese Bewegung kann, wenn wir es richtig angehen, sehr groß werden und ist im Moment die zentrale Bedrohung für den deutschen Imperialismus.

Deshalb lasst uns dafür sorgen, dass auch zum 5.3. Tausende mit uns auf die Straßen strömen, lasst uns breit und offen an die Massen treten, lasst uns mit all unseren Mitschülern, Kollegen, Mitauszubildenden, Mitstudierenden und Eltern sprechen und sie zum Streik holen. Lasst uns uns als Schüler innerhalb der Schulen organisieren, in Streikkomitees auf den nächsten Streik hinarbeiten, in Bildungstreffen mit unseren Mitschülern in den Austausch kommen und die bestehenden Gremien, wie die Schülervvertretung und Landesvertretungen nutzen um dieser Bewegung eine Bühne zu schaffen.

Auch bei der bundesweiten Streikkonferenz in Göttingen waren aus Italien Jugendliche vor Ort, die sich ein Beispiel an den Streiks nehmen und anstreben, die nächsten Schulstreiks gegen die Wehrpflicht zu internationalen Demos werden zu lassen. Lange waren wir nicht mehr so nah an einer starken Friedensbewegung wie jetzt.

ZUM ARTIKEL „WEN WÄHLEN WIR BEI DEN BETRIEBSRATSWAHLEN?“

Bei den anstehenden Betriebsratswahlen bei Ford in Köln tritt u.a. eine alternative Liste an, die die Politik des Betriebsrates offen kritisiert. Das wird von manchen sofort als „Spaltung“ diffamiert. Doch diese Debatte greift zu kurz.

Spaltung ist nicht per se negativ. Entscheidend ist die Frage: Wem nützt sie? Wenn eine Gewerkschaftsführung über Jahre Zugeständnisse macht, Verschlechterungen mitträgt oder faule Kompromisse als „Sachzwang“ verkauft, wenn sie nicht um jeden Arbeitsplatz kämpft, dann entsteht Unzufriedenheit in der Belegschaft nicht aus Bosheit, sondern aus Erfahrung. Viele Kolleginnen und Kollegen haben erlebt, dass Arbeitsplatzabbau, Verzichtsvereinbarungen oder Standortlogik mitgetragen wurden und das nicht mal konsequent. Kritik daran ist aber legitim. „Wir bekämpfen nicht unsere Gewerkschaft, wir wollen, dass unsere Gewerkschaft wieder für uns kämpft!“, so erklärt ein Kollege, warum er die Liste unterstützt. Eine alternative Liste kann Ausdruck davon sein, dass Teile der Belegschaft eine kämpferischere, konsequentere Interessenvertretung wollen. Das ist kein Angriff auf gewerkschaftliche Organisation an sich, sondern im Gegenteil der Versuch, sie wieder näher an die Interessen der Beschäftigten zu rücken. Einheit um jeden Preis – auch um den Preis von Stillhalten und Anpassung – stärkt nicht die Arbeiter, sondern schwächt sie. Wer „gewerkschaftliche Stärke“ nur als Geschlossenheit hinter der bestehenden Linie versteht, verkennet, dass Stärke vor allem aus Vertrauen entsteht. Und Vertrauen entsteht nicht durch Appelle zur Disziplin, sondern durch konsequente Vertretung der Belegschaftsinteressen. Wenn also eine alternative Liste bei Ford antritt, sollte die Debatte nicht moralisch geführt werden („Spalter!“), sondern politisch: Welche Linie dient den Beschäftigten besser? Mehr Anpassung oder mehr Gegenwehr? Mehr Standortdenken oder mehr Solidarität? Eine lebendige innerbetriebliche Demokratie ist kein Schaden für die Gewerkschaft – sie ist ihre Voraussetzung.

-eine Gruppe AZ-Leserinnen und Leser aus Köln

ZUM ARTIKEL „ANTI-CHINA-KURS UND DIE HALTUNG DER GEWERKSCHAFTEN“

Der Artikel zum Anti-China-Kurs war für mich sehr interessant zu lesen.

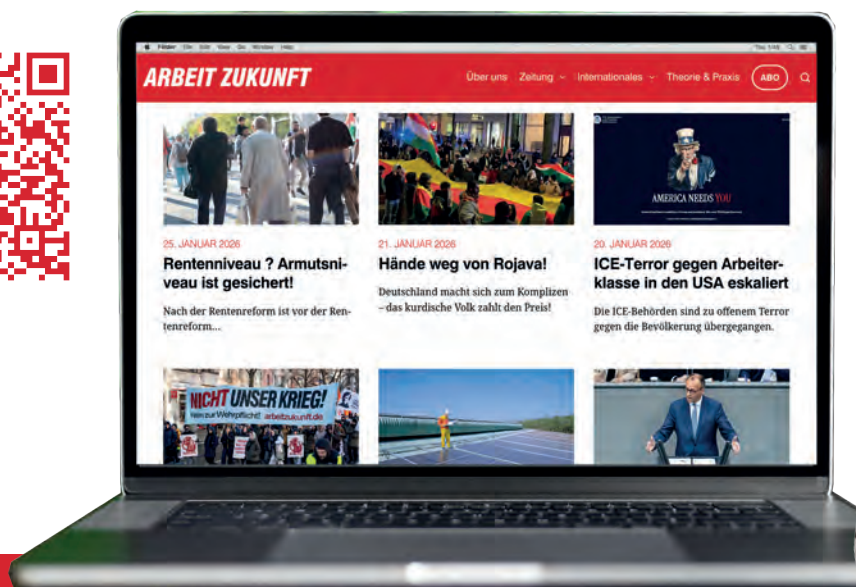
Auch bei uns an den Unis wird Stimmung gegen die ausländische Konkurrenz aus China gemacht. Forschungsk Kooperationen und Austausch mit Partnerunis werden in Frage gestellt, es wird von angeblichem „Wissensklau“ gesprochen und chinesischen Kommilitonen wird mit Misstrauen begegnet.

Während wir auf den Kampf gegen den angeblichen Feind eingeschworen werden sollen, sind bundesweit massive Kürzungen an den Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen geplant - da stellt sich dann schon die Frage welches Wissen am Ende noch geklaut werden soll.

Du willst keinen Artikel mehr verpassen?

Wir veröffentlichen regelmäßige Artikel zu aktuellen Fragen auf unserer Website: arbeitzukunft.de

In unserem Infokanal auf WhatsApp wirst du regelmäßig benachrichtigt:



Jetzt Arbeit Zukunft abonnieren!

Das Abo beinhaltet elf Ausgaben im Jahr.

Solidaritätsabo: 60€ im Jahr

Normales Abo: 40€ im Jahr

Einfach eine Mail an abos@arbeit-zukunft.de oder den QR-Code scannen

